Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat September 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1066 46 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Dienstag, den 2. September 1924** | **4. Jahrgang • Nr. 154**

Völkische Kapitalszuhälter

Enthüllungen über die „Groß-Deutsche Volksgemeinschaft" — Die „bankrotte" Mansfeld A.-G. als ihr Geldgeber — Entlassung zahlloser Arbeiter, Einstellung von Hunderten völkischer Agitatoren — Kaschemmenbrüder in der GDV.-Führung — Geheime Kampfpläne

Ku. Die völkische Bewegung lebte bisher, abgesehen von ihrer Judenhetze, von dem Geschrei gegen die Franzosen und dem zu diesen Zwecken von den Industriellen ausgeworfenen Geldern. Es gab Zeiten, wo den deutschen Unternehmern sehr daran gelegen war, ihren französischen Kollegen mit den wildgewordenen deutschen Kleinbürgern zu drohen, wenn jene sich nicht in ihren Forderungen mäßigen würden. Die Zeiten sind vorüber.

Vor wenigen Tagen haben die deutsche Bourgeoisie und ihre Lakaien das Siegel unter den verbrecherischen Pakt von London gesetzt. **Damit ist die Rolle der deutschen Nationalisten ausgespielt.** Denn nun fließen nicht mehr die Gelder der Industriellen zwecks antifranzösischer Propaganda.

Nun kann man nicht mehr über Vergewaltigung durch den Landesfeind schreien, da ja die Reichsregierung, die eigenen Geldgeber und selbst die Vertreter der Landesregierungen, die von Völkischen aktiv unterstützt werden, die Nation freiwillig verraten, freiwillig den internationalen Bankiers preisgegeben haben.

Die völkischen Führer wissen, was gespielt wird. Sie wissen, daß, wenn sie noch weiter nationalistische Hetze machen, sie sich selber alle Geldquellen verstopfen würden. Und das bedeutete den Tod der völkischen Bewegung, die ihre Nachläufer **ja nicht mit einer geschlossenen Ideologie, sondern nur mit riesigen Geldmitteln an sich fesseln kann.** Die Gräfe, Reventlow, Wulle, die Henning, Ludendorff, Bartels ziehen daraus recht schnell ihre Konsequenzen. Die Bewegung wird vollkommen auf Zuhälterdienste für die Kapitalisten eingestellt.

Ganz besonders hier in Mitteldeutschland ist man in den letzten Monaten aufs heftigste bemüht, den Großindustriellen zu beweisen, wie gute Dienste die völkischnationalsozialistischen Bünde dem Unternehmertum zu leisten imstande sind. Schon mehrmals sind bei uns Berichte eingelaufen, die **zunehmende Entlassungen von klassenbewußten Proletariern im Mansfeldischen meldeten, während andererseits man vielfach, z. B. auf dem Pauls- und Bixthumschacht, von Einstellungen solcher Leute, die den völkischen Bünden angehören,** zu berichten wußte.

Nun hat uns der bekannte günstige Wind ein Dokument auf den Redaktionstisch geweht, das die Wahrheit dieser Behauptungen schlagend beweist. Nachstehend der Wortlaut des Briefes:

„Sehr geehrter Herr Neubauer!

Mit der Bitte, diesen Brief an die Zentralleitung München weiterzuleiten, wende ich mich an Sie.

Am 11. Juni 1924 hatten wir im „Angerschlößchen" zu Eisleben eine ungezwungene Vertreterbesprechung.

Anwesend waren außer mir:

Herr Gabelmann, Augsdorf,
Herr Kach, Mansfeld,
Dir. Ebert, Eisleben,
Herr Antsehm,
Herr Kahla, Unterrißdorf,
Herr Herrmann, Siersleben,
Herr Schmiedehütte, Hettstedt,
Herr Fiedler, Hettstedt.

Als erste Frage wurde die Arbeit des Herrn Schmiedehütte, den Sie uns sandten, erörtert. Leider sind wir der Ansicht, daß Sch. völlig ungeeignet ist. Er kehrt zu sehr den ehemaligen Offizier heraus. Wir bitten, ihn abzuberufen. Um besten, Sie schicken Herrn W. Anhelm, Herrn Moosweiter und Herrn Müller wieder her. Ersteres kennt A. die Mansfelder Verhältnisse und weiß zu organisieren. Nun davon später.

Ferner müssen wir Ihnen melden, daß hier augenblicklich die ungünstigsten Verhältnisse herrschen. Die Zersetzung in den Kreisen der Bergarbeiter und die Streiklust nimmt immer mehr zu. Bedingt wird letzteres durch die wirtschaftlich ungünstige Lage und durch die dauernden Entlassungen. Die entlassenen Arbeiter versuchen vergebens, Arbeit zu bekommen. Die Lage wird noch bedrohlicher dadurch, daß die noch Arbeitenden mit den Entlassenen sympathisieren und Stimmung vorhanden ist, die darauf schließen läßt, daß es bei weiteren Entlassungen zum Streik kommt. Die noch Arbeitenden üben vielfach schon passiven Widerstand. Meine Rücksprache mit dem Bergwerksdirektorium hatte folgendes Ergebnis:

Die GDV. schickt außer obengenannte Agitatoren ihre Arbeitslosen nach hier. Meldung bei mir. Wir brauchen wenigstens 150 bis 200 Mann. Obige Leute werden auf die Betriebe verteilt und müssen die Arbeiter beeinflussen, und zwar im Sinne der GDV. Sollte es gelingen, die Arbeiter zu überzeugen, so ist die Direktion der Mansfeld A.-G. gern bereit, für die GDV. eine größere Summe zu spenden. Zur näheren Aussprache bitte ich Sie, Herr Dr., doch am Freitag mich aufzusuchen.

Bitte, diesen Brief streng privatvertraulich aufzufassen.

Mit deutschem Gruß

Ihr Zobel,
Obersteiger und Betriebsleiter."

Die Veröffentlichung dieses Schriftstückes wird den völkischen Herren und ganz besonders dem Dr. Neubauer, der Assessor am Magdeburger Gericht und Mitglied des DGB.-Vorstandes ist, mehr als unangenehm sein. Denn noch nie ist die schamlose Demagogie dieser Kanaillen besser demaskiert worden, als durch obigen Brief. „Die Streiklust nimmt immer mehr zu. Die entlassenen Arbeiter versuchen vergebens, Arbeit zu bekommen. Die Lage wird noch bedrohlicher dadurch, daß die noch Arbeitenden mit den Entlassenen sympathisieren und Stimmung vorhanden ist, die darauf schließen läßt, daß es bei weiteren Entlassungen zum Streik kommt."

Ja, so ist es. Wörtlich treffen diese Sätze den Nagel auf den Kopf. Von Tag zu Tag wird die Stimmung unter den bis zum Letzten ausgepowerten Bergleuten erregter, wissen sie doch nicht, wie sie ihr Leben fristen sollen mit einem **Wochenlohn, der wenn's gut geht, sage und schreibe zwölf Mark beträgt.** Sie leiden Hunger, sie leben in bitterster Not —

und die Völkischen, was tun sie? Sie lassen durch die Bergherren viele Hunderte von Proleten auf die Straße werfen und völkische Agitatoren dafür in die Betriebe setzen.

Und wenn es dann diesen völkischen Dummenfängern gelingt, „die Arbeiter zu überzeugen, so ist die Direktion der Mansfeld A.-G. gern bereit, für die GDV. eine größere Summe zu spenden."

Liest diese letzten Worte, Arbeiter, und vor Euch enthüllt sich die ganze widerliche Komödie des Nationalsozialismus der Deutschvölkischen, die Euch zu gefügigen Knechten der Unternehmer machen wollen, damit sie dann eine „größere Summe" in ihre Tasche stecken können.

Ausgerechnet die Mansfeld A.-G. ist einer der Hauptfinanziers der GDV. in Mitteldeutschland. Ganz wenige Monate ist es erst her, daß ihre Direktion mit der Behauptung, vor dem Bankrott zu stehen, von der Regierung riesige Unterstützungen forderte, anderenfalls sie gezwungen wäre, ihre 18000 Arbeiter in den Kupferhütten bei Hettstedt sofort zu entlassen. Da die Reichsregierung jedoch drohte, über die riesigen Waldbestände, die die Firma im Mansfelder Gebirgskreis besitzt, der Oeffentlichkeit Kenntnis zu geben, sah die Direktion von der Bankrottanmeldung ab, wobei einer der Direktoren noch erklärte, er werde sich hüten, der Oeffentlichkeit durch den Bankrott Geschäftsgeheimnisse preiszugeben. Es ist wahrlich ein Witz der Weltgeschichte, daß ausgerechnet die fast pleite gegangene **Mansfeld A.-G., der beinahe ihr Bankrottbetrug gelungen wäre, wenn die Erregung darüber in der proletarischen Bevölkerung nicht so hohe Wellen geschlagen hätte, jetzt unter einer Decke mit der GDV. steckt.**

Aber wer ist denn diese geheimnisvolle GDV.?

Die Groß-Deutsche Volksgemeinschaft ist ein neuer Laden, den die Völkischen aufgemacht haben, um die zahlreichen rechtsradikalen geheimen und öffentlichen Bünde in eine einheitliche Organisation zu sammeln, um ihre Schlagkraft zu erhöhen. Geschieht es doch nur zu oft, daß diese kleinen Verbände sich gegenseitig in Intrigen und Ränken erschöpfen. Dem soll nun ihre Einigung in der GDV., die ihre Zentrale in München hat, abhelfen.

Auch in Mitteldeutschland beginnt sie jetzt, eine gesteigerte Tätigkeit zu entfalten. Schon sind ihr in Magdeburg der „Offiziersbund", „Jungdo", der „Wehrwolf", „Scharnhorst", „Oberland", „Mückebund", „Deutscher Frauenorden", „Baltikumkämpfer", „Roßbach" und zahlreiche andere Organisationen angeschlossen, so daß allein in Magdeburg die GDV. **schon über dreieinhalbtausend Mitglieder hat.**

Aber auch in Halle selbst gehen heimlich außerordentlich aktive Vorbereitungen zur Verbreiterung der Basis der GDV. vor sich. Schon steht man in Unterhandlungen mit dem hiesigen „Wehrwolf"; auch mit dem „Jungstahlhelm" werden Verbindungen gesucht, um ihn von der deutschnationalen Einstellung, die hier im Stahlhelm vorherrschend ist, wegzureißen und in der GDV. zu organisieren.

Die Hauptstütze der Groß-Deutschen Volksgemeinschaft bildet jedoch der Schlageter-Gedächtnis-Bund, der nicht nur in Magdeburg, sondern schon zentral über das ganze Reich hin sich der GDV. angeschlossen hat. Es war am 26. Juli, als der „Klassenkampf" Aufsehen erregende Enthüllungen über die widerwärtigen Zustände im Reichsvorstand des Schlageter-Gedächtnis-Bundes, von dem auch in Halle eine Ortsgruppe besteht, zur öffentlichen Kenntnis brachte. Wir berichteten damals darüber, daß **der bisherige Ehrenvorsitzende des Schlageterbundes, Quindel, der seine Bundesmitglieder nur den „Schwindel-Quindel" nennen, wegen toller Spekulationen und Betrügereien aus dem SGB. ausgeschlossen wurde.** Aber seine Kompagnons im Vorstande, Ulrich und Lauterbach, sind nicht besser als Quindel.

Wir sind heute in der Lage, unsere damalige Behauptung, daß sowohl Lauterbach als auch Ulrich nichts weiter als Kaschemmenbrüder sind, durch folgende Dokumente, die unser hannoversches Bruderblatt, die „Niedersächsische Arbeiterzeitung", veröffentlicht, zu erhärten:

Eidesstattliche Erklärung.

Ich versichere hierdurch an Eidesstatt, daß

1. **Herr Lauterbach zugegeben hat, daß er in einer Kassecklappe des „Neustädter Gesellschaftshauses", in der nur Zuhälter und Homosexuelle verkehren, verkehrt. Er erklärt dieses für reine Privatsache.**
2. **Herr Ochsemann, Ulrich und Lauterbach zugegeben haben, daß sie gern in den zweifelhaften Altstadtlokalen, mit Halstuch und Ballonmütze angetan, verkehren und sich an Raufereien beteiligen. Alle drei haben gesagt, daß sie in diesen Kreisen bekannt seien als Vorsitzende des „Schlageter-Gedächtnis-Bundes".**
3. **Ein führendes Glied der Leitung des „Schlageter-Gedächtnis-Bundes" (es ist der Unteroffizier Wüst) von den dreien in die diesem völlig unbekannte Kassecklappe des „Neustädter Gesellschaftshauses" hineingelockt wurde und daß dieser Herr sich bei dem 1. Vorsitzenden und anderen Bundesmitgliedern darüber beschwert hat. Daß Herr Wüst als das Ende von Liede mit seinem ganzen Anhange aus dem Bunde ausschied.**

Hannover, den 2. Juni 1924.

Theodor Bremer.

Eidesstattliche Erklärung.

Ich versichere hierdurch an Eidesstatt und bin jederzeit zum Schwur bereit:

1. **Daß die Vorstandsmitglieder Ochsemann, Ulrich und Lauterbach in Vorstandssitzungen des Schlageter-Gedächtnis-Bundes zugegeben haben, daß sie Lokale besuchen, in denen nur Zuhälter und Homosexuelle verkehren. Sie sagten, daß sie dort in Halstuch und Schlägermütze als Mitglieder des Vorstandes des SGB. sehr bekannt wären.**
2. **Daß ein anderes Vorstandsmitglied (Wüst) mit zirka 100 Anhängern aus dem „Schlageter-Gedächtnis-Bund" ausgetreten und zum Jungstahlhelm übergetreten ist, weil es von Ochsemann, Ulrich und Lauterbach in die genannten Lokale mitgeschleppt wurde.**

Adolf Jaeger.

Diese beiden Erklärungen beweisen zur Genüge, daß die völkischen Führer, die sich immer so über den moralischen Verfall in Deutschland entrüsten, selber die verkommensten Lumpen sind. Daß Lauterbach homosexuell ist, interessiert uns nicht und ist uns völlig gleichgültig. Aber daß solche Kerle von geradezu verbrecherischer Charakterlosigkeit mit ihren Zuhältermanieren berufene Führer der Völkischen sein können — das kennzeichnet die faszistische Bewegung, in der ja noch immer hunderttausende Kleinbürger und auch Arbeiter sich befinden.

Aber schlimmer als dies, tausendmal weit gefährlicher für die Arbeiterschaft sind die militärischen Rüstungen dieser Herrschaften zur Niederschlagung des Proletariats, die Rüstungen, die mit der agitatorischen Bauernfängerei parallel vor sich gehen. Ueber sie informieren folgende **„streng vertrauliche, nur für SA.-Führer (Sturm-Abteilungen) bestimmte Stimmte**

Richtlinien

für die Ortsgruppen des Schlageter-Gedächtnisbundes e. V. (gegeben außer den allgemeinen Richtlinien).

1. Verkehr mit der Kampfleitung.

Der Kampfleitung in Hannover ist an jedem Monatsersten ein Bericht über die Tätigkeit und Fortschritt des verflossenen Monats einzusenden (durch Kurier).

2. Neue KD.-Mitglieder.

Alle Mitglieder, die aus dem offiziellen Bund in die LA.-Abteilung überwiesen werden, sind der Leitung zu melden.

3. Ausrüstung.

Die Ausrüstung der LA.-Abteilungen erfolgt durch die GDV.-Gruppen. Zahl der Ausrüstungsgegenstände ist der Hauptleitung zu melden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240902-12/fragment/page=0001

4. Verkehr mit der Reichswehr.

Mit den einzelnen Kommandeuren verkehrt jede Gruppe nach dem eigenen Ermessen. Nur sind Abmachungen zu melden. (Nur durch Kurier.)

5. Führer.

Gruppenführer, Kompagnieführer, wie überhaupt sämtliche militärischen Führer müssen chargierte Militärs (a. D.) sein. Sie sind von den einzelnen Nachrichtenstellen besonders zu beobachten. Namen, Charge, Beruf, Alter hat die Zivilleitung zu melden.

6. Waffen.

Etwa vorhandene Waffen sind an vertrauenswürdige SP-Leute auszugeben. Nicht in geschlossenen Lägern zu halten, da die Gefahr einer Entdeckung zu groß ist.

7. Manöver.

Gemeinschaftliche Manöver, Nachtmärsche mit andern nationalen Gruppen sind vorzubereiten, tunlichst mit der RW. (Reichswehr).

8. Führersitzung.

Jeden Ersten, nach Ablauf von 3 Monaten, finden gemeinschaftliche Besprechungen in Hannover statt. Fahr- sowie Verpflegungsgeld ist von den Ortsgruppen zu tragen. An den Besprechungen nehmen nur Kompagnieführer teil. (Erscheinen ohne Uniform, Zivil.)

9. Kampf- und Zivilverwaltung.

SA. und Zivilverwaltung laufen nebeneinander. Die Zivilverwaltung steht in normalen und ruhigen Zeiten über der SA.-Verwaltung, außer es kommen von der Zentralstelle besondere Anweisungen.

10. Verkehr mit der SPD.

Bei besonderen Anlässen hat die Leitung der SPD. Befehlsgewalt über die SGE.-Gruppen.

Hannover, den 13. August 1924.

J. A.: Lauterbach, Schriftführer.
Haselhorst, 1. Vorsitzender.
v. Waldow (Major, SA.-Führer)
Hein (Lt., Adjutant))

Diese Richtlinien zeigen, um was es geht. Es handelt sich um nichts weniger, als um die **Diktatur der Ruten und Beile, unter die die Arbeiterschaft gepreßt werden soll.** Die ganzen faszistischen Bünde sind militärisch organisiert. Außer den allgemeinen Mitgliedschaften bestehen bei ihnen, wie das obige Rundschreiben besagt, sogenannte SA., die entweder identisch oder eng liiert sind mit den Sturmabteilungen der Nationalsozialistischen Deutschen Freiheitspartei. Die SA. sind die militärische Macht der völkischen Formationen und unterstehen einer besonderen Kampfleitung, die **nur aus Offizieren besteht.**

Entscheidend jedoch sind die Angaben unter Punkt 7, daß nämlich **„gemeinschaftliche Manöver . . . tunlichst mit der Reichswehr“** zu organisieren sind. Sie beweisen die von uns immer wieder behauptete und von dem „republikanischen“ Reichswehrminister Dr. Geßler, der vorgestern in Ostpreußen seinen Seeckt gemeinsam mit dem Massenmörder Hindenburg demonstrieren ließ, ebenso oft abgestrittene Behauptung, daß die **Reichswehr in Wirklichkeit heute der Hauptstoßtrupp der deutschen Faszisten ist.**

*

Aber um was geht es bei diesen Machenschaften der Faszisten? Was bedeutet die Agitatorenentsendung in die Betriebe und Bergwerke Mitteldeutschlands? Was bedeuten die gewaltigen Rüstungen des „Schlageter-Gedächtnis-Bundes“ wie auch anderer Bünde?

Man erklärte früher all dies mit der Vorbereitung des Befreiungskrieges gegen die Franzosen. Aber dies Argument wird heute keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken. Denn jeder weiß: London, d. h. die freiwillige bewußte Zustimmung zur Kolonisierung Deutschlands, ist von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten gebilligt worden.

Und auch die Völkischen hätten London unterzeichnet, wenn sie an der Regierung gewesen wären.

Nichts anderes wäre ihnen übrig geblieben. Eitel Traum, etwa zu glauben, daß die Völkischen allein der gegen sie sofort geeint aufmarschierenden Entente-Allianz hätten Widerstand entgegensetzen können.

Davon war auch in den gewiß recht ausführlichen Reichstagsdebatten, in denen sehr gründlich die Frage Annahme oder Ablehnung der Londoner Bedingungen diskutiert wurde, seitens der Völkischen nicht mehr die Rede. Was sollten sie auch sagen? Jeder weiß, daß **sie es genau so gemacht hätten wie ihre Gesinnungsgenossen in Ungarn, die gestern noch die völkischen Erzberger-Mörder laufen ließen, die glatt, ohne Zögern sich der Kolonisierung durch den Völkerbund fügten und ohne Murren sich unter die für das ungarische Proletariat so verderbliche Herrschaft des Völkerbundagenten Herrn Jonathan Swift ducken.**

Die Kommunisten waren die einzigen, die einen positiven Ausweg gegenüber dem Sachverständigendgutachten der Kapitalisten zeigten: **die Sozialisierung und den Kampf des internationalen Proletariats zu ihrer Verwirklichung, gegen die schrecklichen Lasten,** die auf seine Schulter gewälzt werden sollen. Die Völkischen, vollkommen isoliert in der ganzen Welt, denen nicht, wie uns Kommunisten, ein Sowjet-Rußland mit seinem gewaltigen Bodenreichtum und seiner schlagbereiten Armee zur Seite steht, brachten nur ein verworrenes prinzipien- und ausweglosesGeschrei zuwege. **Wollen sie als Organisation nicht verschwinden, müssen sie sich den deutschen Kapitalisten zur Verfügung stellen, um nicht der Geldmittel, die allein ihre Formationen aufrecht erhalten, verlustig zu gehen.**

Der Dollar ist Trumph. Ihn und seinen allmächtigen Besitzer, Herrn Morgan, beten alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten an. Da sollen die Völkischen zurückstehen? Zuviel verlangt! **Was Kampf gegen jüdisches Kapital, was Kampf gegen Versklavung durch die Entente — Hauptsache, die Mansfeld A.-G. und andere Fabrikanten „spenden größere Summen“.**

Dafür machen sie alles, die Völkischen. Dafür geben sie den Kampf gegen London auf, dafür beschaffen sie den Unternehmern Streikbrechergarden, dafür — für gemeinste Bestechung — sind sie zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiter bereit, die das Diktat der imperialistischen Räuber in tausend Fetzen zerreißen wollen.

Das Proletariat weiß sich der faszistischen Banditen zu erwehren. Es wird das, was fällt, noch stoßen. Es zögert keinen Augenblick, der zerfallenden völkischen Bewegung, die sich in Mitteldeutschland durch die Gründung der Großdeutschen Volksgemeinschaft neu zu konsolidieren versucht, den Todesstoß zu versetzen und ihre verbrecherischen Führer zum Teufel zu jagen. Kein Zweifel, die revolutionäre Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß, durch die hier geschilderten Vorgänge belehrt, auch der letzte Arbeiter von den Völkischen losgelöst und in die Reihen der kommunistischen Massenarmee eingereiht wird.

Abrechnung mit der Sozialdemokratie

Empfang Crispiens durch das hallische Proletariat — 75 Prozent Kommunisten, 25 Prozent Sozialdemokraten und Schupo in der „Volkspark“-Versammlung — Reichsbanner und Polizei gegen revolutionäre Arbeiter

Der gestrige Abend war eine der schwersten Niederlagen, die die Sozialdemokratische Partei bisher erlitten hat. Zum ersten Male hatte sie es wieder gewagt, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in der der ehemalige Oberrevolutionär Artur Crispien sprechen sollte. Eine einzige kurze Aufforderung im „Klassenkampf“ genügte, um Aberhunderte von Kommunisten in den großen Saal des „Volkspark“ strömen zu lassen, wo einige wenige Sozialdemokraten und Reichsbannerleute sich ängstlich auf ihren Plätzen herumdrückten. Und die Zahl der anwesenden Kommunisten wäre noch viel größer gewesen, wenn **der sozialdemokratische Saalschutz nicht zahlreichen Genossen den Eintritt verweigert hätte,** trotzdem die Galerie überhaupt nicht besetzt war. Die hatte man aus **Angst vor eventuell zu beziehender Prügel abgesperrt.**

Schuposchützte die edlen Seelen, da das Reichsbanner trotz seiner vielberühmten, angeblich nach Tausenden zählenden Mitgliederzahl Schiß bekommen hatte und nur in verschwindender Zahl vertreten war.

So mußte Polizei eingreifen. Und sie erschien zu Fuß, zu Pferde und per Auto.

Aber sie konnte nicht hindern, daß die Versammelten trotz aller Einschüchterungsversuche und Anpöbelungen in hagelnden Zwischenrufen den Arbeiterverrat der SPD. und des schönen Artur brandmarkten und **seine Rede immer wieder in einen Sturm der Empörung untergehen ließen.**

Wahrlich, wenn man diesen Kerl, der ehemals mit so forschem Elan jede Einigung mit den „Noske-Sozialisten“ verweigerte, zur Diktatur des Proletariats und zum schärfsten Kampf gegen Ebert-Scheidemann sich bekannte, gestern hörte, wie er den General Dawes in alle Himmel erhob, wie er das Sachverständigendgutachten pries, wie er Sowjet-Rußland beschimpfte und wie er gegen die Kommunisten hetzte — da wußte man, daß **Crispien heute der schlimmste Arbeiterverräter und Kumpan der Noskiden ist.**

Der gestrige Abend wird der SPD. eine Lehre sein. Noch einmal wird es ihr nicht gelingen, ihre Referenten auch nur fünf Minuten sprechen lassen zu können. Die Sozialdemokratie kommt in Halle nicht hoch. Das war der ungeheuer entschiedene Wille der Tausende Arbeiter in und außerhalb des Saales, die jetzt mit dieser Polizeipartei aufräumen werden.

*

Nun hat die SPD. in Halle endlich einmal eine Massenversammlung gehabt. Bei der gestrigen öffentlichen Versammlung, in welcher der unabhängige Bräutigam von Nürnberg, Herr Crispien, sprach, zeigte es sich ganz deutlich, daß diese Partei keine Arbeiterpartei mehr ist.

Warum hielt man die Galerie geschlossen?

Hatte man etwa Angst, daß man von hier oben Herrn Jesu mit **faulen Eiern begrüßen würde** oder war das Aufgebot der Schupo nicht ausreichend, um diese kommunistischen Massen in Schach zu halten? Die Mostrich-Männer hätten keine Angst haben brauchen, **Crispien ist für jeden denkenden Arbeiter nur ein politischer Hampelmann,** und es hieße diesen Kindskopf überschätzen, wollte man ihn ernst nehmen. Herr Crispien hat in seiner gestrigen Rede sogar manchem Sozialdemokraten ein Lächeln entlockt. Wenn, wie gesagt, die Galerie nicht geschlossen wäre, hätte man überhaupt glauben können, die ganze Versammlung sei nur darum arrangiert, um aus dem Eintrittsgeld die Parteifinanzen aufzufrischen.

Schon vor Beginn verursachte die zahlreich anwesende Schupo oft stürmische Heiterkeit. Als dann von dem Versammlungsleiter Schaumburg die Versammlung eröffnet wird und Crispien das Wort zu seinem Referat erhält, bricht ein

ungeheurer Tumult

aus. Die Versammlungsleitung machte ziemlich lange Gesichter, als sie entdeckte, daß außer dem Jungen-Männer-Verein Reichsbanner nur einige Dutzend verwelkte Zigarettenhändler, Lagerhalter und ähnliches Spießbürgertum die „Massen“ der SPD. verkörpert. Das **Kind mit dem Kürbiskopf,** der von der hallischen Arbeiterschaft als Verleumder und Denunziant verachtete Kasparek übte auch hier öffentlich sein schmieriges Handwerk aus und **versuchte, einige Sipos aufzuhetzen, kommunistische Arbeiter aus dem Saal zu entfernen.** In diesem tosenden Lärm sprach Crispien, selbst von den in nächster Nähe Sitzenden nicht zu verstehen.

Erst nachdem ein kommunistischer Arbeiter zur Ruhe aufgefordert hatte, legte sich langsam die Erregung. Dann konnte man Crispiens Stimme endlich hören. Er sagte: „. . . Man muß, um die Politik der Sozialdemokratie zu verstehen, daran denken, welche Mächte den Sozialisten gegenüberstehen (Heiterkeit), und wir müssen noch viele Menschen für den Sozialismus gewinnen (erneutes Gelächter), die aber nicht mit uns arbeiten, müssen beschämt sein . . .“ Hier bricht ein Tumult aus, so daß es Crispien nicht möglich ist, weiterzureden. Als nach einigen Minuten Herr Crispien in den Saal schreit: „Glauben Sie nicht, daß Sie uns Sozialisten damit niederzwingen können!“ macht erneutes stürmisches Gelächter und Heiterkeit die weiteren Worte unverständlich.

Erst nach langer Zeit, in welcher Herr Crispien unentwegt redet, tritt Ruhe ein. Crispien stammelt dann Entschuldigungen und verteidigte die arbeiterfeindliche Stellungnahme seiner Partei zum Dawes-Gutachten. Vor allem das Gespenst der neuen Inflation wird von Crispien immer wieder an die Wand gemalt, um die erbärmliche Haltung dieser Auch-Arbeiter-Partei zu vertuschen. Die Sozialdemokraten kämpfen dafür, daß die Diktatur der Siegerstaaten gemildert würde.

„Das Londoner Abkommen ist ein Erfolg der Sozialisten.“

(Große Heiterkeit.)

Im weiteren produziert sich nun dieser Zauberkünstler auch als Rechenkünstler. Immer wieder muß die Inflation herhalten, um den Verrat der deutschen Sozialisten zu übertünchen. In den weiteren Ausführungen lügt Crispien bewußt und sucht durch raffinierte Tricks die Anhänger der Haarmann-Republik zu täuschen. Herr Crispien sagte zum Beispiel, daß es ein Erfolg sei, daß laut Londoner Abkommen die Regiebahn wieder an Deutschland fällt. Er verschweigt oder bemäntelt aber die Tatsache, daß dafür die gesamte deutsche Bahn unter die Kontrolle der ausländischen Kapitalisten kommt. Als des weiteren Crispien einmal den Satz gebraucht:

„Die Sozialdemokratie ist die berufene Vertreterin des Proletariats“, bricht im Saale ein nicht endenwollendes Gelächter aus. Selbst die Schupo lachte mit.

Die wenigen sozialdemokratischen Spießbürger, die ja auch mit dem Proletariat nichts zu tun haben, rutschten bei diesen Worten unangenehm berührt auf ihren Stühlen hin und her.

Herr Crispien ist sichtlich verlegen, aber er hat sich schnell gefaßt und fängt an auf die Völkischen zu schimpfen, um den Witz wieder gutzumachen. Als das Gelächter aber infolge der Wirzigkeit des Witzes nicht aufhört, ruft Herr Crispien pathetisch in den Saal: „Mir tut es in der Seele weh, wenn sich das Proletariat zerfleischt!“ Ein neues stürmisches Gelächter setzt ein. Als Crispien nun erkennen muß, daß er und seine Partei hier in Halle nicht ernst genommen werden, fängt er eine

wüste Kommunistenhetze

an. Vor allem hat er es auf die Genossin Ruth Fischer abgesehen, die er mit widerlicher Demagogie abzusetzen sucht. Auch Sowjet-Rußland muß herhalten. Zur Frage der Amnestie meint Crispien, daß bei einer Amnestie auch die Völkischen amnestiert werden müßten. Das will die SPD. nicht. **Um das Dutzend völkischer Gefangener läßt also Crispien 7000 Proletarier schmachten.** Wer Crispiens Rede gehört hat, dem gingen sehr schnell die Augen auf. **Ein Empörungssturm war dann auch der Lohn seiner Worte.**

Unter stürmischem Protest macht Schaumburg dann bekannt, daß die Redezeit der Diskussionsredner auf 15 Minuten beschränkt wird. Ehe dann unser Genosse Rosenbaum zur Diskussion spricht, **kommen auf Veranlassung der Versammlungsleitung zirka 20 Sipos im Gänsemarsch durch den Saal und nehmen vor der Bühne Aufstellung.**

Infolge Beschränkung der Redezeit ist es Genossen Rosenbaum natürlich nicht möglich, alle Verdrehungen Crispiens in das richtige Licht zu rücken. Der Redner schildert nur die Taten des Generals Dawes und weist darauf hin, daß man von einem notorischen Arbeiterfeind, wie Dawes, doch kein Gutachten zugunsten des internationalen Proletariats erwarten könne. Weiter beleuchtete Genosse Rosenbaum die sonderbare Tatsache, daß die ausländischen Arbeiter, auch der 2. Internationale, gegen das Gutachten sind, während die deutsche SPD. ein Loblied auf das andere singt. Im übrigen bringt er die sozialdemokratischen Zwischenrufer mit beißendem Spott zum Schweigen.

Als man dem Genossen R. das Wort entzieht, bricht ein Sturm der Entrüstung aus. Genosse R. hebt, allen sichtbar, ein riesiges Plakat hoch, auf dem man das vor wenigen Tagen im „Vorwärts“ erschienene Bild sieht, wo Arbeiter anbetend vor dem Dollar stehen. In der Mitte des Bildes der Jesuskopf Crispiens mit der Unterschrift: „Der völkerbefreienden SPD., dem Dollar und dem Crispien gewidmet vom hallischen revolutionären Proletariat.“ Ein Heiterkeitssturm tost durch den Saal. Betreten sitzen die Sozialdemokraten da. Rosenbaum fordert die anwesenden Kommunisten auf, den Saal zu verlassen. Fast alle Anwesenden erhoben sich. Ein donnerndes Hoch auf die 3. Internationale und auf Sowjet-Rußland schallt durch den Saal. Danach verlassen fast alle unter dem Gesang der „Internationale“ den Saal.

Von den wenigen, die noch im großen Saal blieben, waren auch **mindestens die Hälfte noch Kommunisten,** welche neugierig waren, was nun weiter kommen sollte. Sie sind auf ihre Rechnung gekommen, denn das Schlußwort Crispiens überbot alle seine anderen Leistungen an Unverschämtheit. Jetzt, wo die meisten Kommunisten fort waren, wurde er frech und wagte es, das **klassenbewußte Proletariat als Lumpenpack und als das organisierte Lumpenproletariat zu bezeichnen.**

Herr Crispien wird aber auch mit diesen wüsten Schimpfworten keinen Eindruck machen. Wir sind von der hallischen Dreckschleuder am Harz ähnliche Wutausbrüche gewohnt und würden Crispien sogar empfehlen, bei seinem kleinen Bruder, den Malteur-Redakteur Kürbiskopf Stunden zu nehmen. Diese geistige Mißgeburt kann nämlich noch besser schimpfen.

Die kleinen Haarmänner hatten inzwischen herausbekommen, daß **der Berichterstatter vom „Klassenkampf“ noch im Saale anwesend war.**

Ohne allen Grund wurde der Berichterstatter unter Drohungen, Beschimpfungen und derben Püffen von Mostrichmännern und der Sipo herausgeworfen.

Ebenfalls wurde ein Arbeiter von dem schwarzrotgoldenen Wilhelm Sander, wohnhaft Spitze 16, mißhandelt. Sander ist der rechte Typ für die SPD. Erst war er bei den Völkischen, ging dann direkt zur KPD. über und wurde hier wegen Unterschlagung von Geldern ausgeschlossen. Nun ist er da, wo derartige Leute hingehören — in der SPD.

Der Versammlungsleiter Schaumburg machte die ängstlichen Spießbürger darauf aufmerksam, daß die Polizei die Versammlungsteilnehmer schützen werde, und man verließ auf den Zehenspitzen, um von den Kommunisten unbemerkt zu bleiben, über die Hintertreppe und den hinteren Ausgang den „Volkspark“.

*

Im unteren Saale aber hatten sich, Kopf an Kopf gedrängt, zahllose klassenbewußte Arbeiter versammelt und hörten den Genossen Rosenbaum weiter an. Alle Gänge, Sitz- und Stehplätze besetzten sie und folgten den Ausführungen Rosenbaums, der die unverschämten Lügen des Crispien Punkt für Punkt aufdeckte. Alle gelobten zum Schluß, der SPD. den letzten Arbeiter abzujagen; mögen dann die Bonzen und Spießer unter sich bleiben.

Völkische Wahlkampfmittel

(TU.) Beuthen, 29. August.

Bei einer am gestrigen Abend von der Deutschvölkischen Freiheitspartei abgehaltenen Wahlversammlung, in der Reichstagsabgeordneter Ahlemann sprach, kam es zum Schluß seiner Rede zu stürmischen Auseinandersetzungen und Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Deutschvölkischen, die schließlich in eine regelrechte Prügelei ausarteten, bei der Stöcke, Tischbeine und Stühle eine sehr große Rolle spielten. Auch Revolverschüsse fielen. Alles stürzte aus dem Saal. Die Schupo mußte einschreiten und den Saal räumen und mit Gummiknüppeln die auf der Straße angesammelte Menschenmenge zerstreuen.

Beitritt zur „Roten Hilfe!“

Die Lotterie-Gesellschaft 1922 in Löbdorf trat auf einstimmigen Beschluß vom 18. August korporativ der „Roten Hilfe“ bei. — Ebenso hat die Gemeinschaft proletarischer Freidenker in Schlebusch diesen Beschluß gefaßt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240902-12/fragment/page=0002

Wiedereinführung der englischen Einfuhrabgabe

26 Prozent auf deutsche Waren

London, 1. September.

Auf der Londoner Konferenz von 1921 wurde eine 26prozentige Abgabe auf die Einfuhr von deutschen Waren in die Ententeländer beschlossen, die auf Reparationskonto verbucht werden sollte. Die Abgabe hatte den Zweck, die deutsche Konkurrenz zu unterbinden. Sie wurde später auf 8 Prozent ermäßigt.

Nunmehr, nach der Annahme der Dawes-Pläne, hat die englische Regierung (diesmal Macdonald und nicht Lloyd George) beschlossen, diese Abgabe wieder auf 26 Prozent zu erhöhen. Die wachsende Opposition der englischen Arbeiterschaft gegen die Sachverständigenpläne, von denen sie mit Recht eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der englischen Arbeiterschaft als natürliche Folge der Versklavung der deutschen Arbeiter befürchtet, diese wachsende Opposition sucht Macdonald einzuschläfern durch die Erhöhung der Einfuhrabgaben. Zugleich will er die Konservativen, die aus Anlaß der neuen Gefahr der deutschen Konkurrenz nach Schutzzöllen schreien, beruhigen. Bisher hat Macdonald eine bürgerlich-liberale Politik getrieben. Nunmehr geht er infolge der wachsenden Opposition der Arbeitermassen den konservativen Schutzzöllnern aus dem Lager des Großkapitals entgegen. Das ist ein Zeichen dafür, wie sich die Klassengegensätze in England verschärfen und auf welcher Seite die Arbeiter-Regierung steht.

Das Dawes-Gutachten sollte sozusagen über Nacht eine wirtschaftliche Besserung in Deutschland emporzaubern. Die Erhöhung der Einfuhrabgabe durch England zeigt das wahre Bild. Die **Kolonisierung Deutschlands und die Drosselung der deutschen Industrie**, soweit sie nicht direkt unter ausländischen Einfluß gebracht wird und die Gefahr einer Konkurrenz bietet, gehören zusammen. Hier zeigen sich heute schon die Keime der Krisen und Konflikte, die sich aus der Durchführung des Dawes-Planes ergeben werden. Die Einfuhrabgabe wird die deutschen Kapitalisten veranlassen, die **Lebenshaltung der Arbeiter noch weiter zu verschärfen**, um konkurrenzfähig zu bleiben. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, den Industriellen und Exporteuren die 26prozentige Ausfuhrabgabe zurückzuerstatten. Das heißt, mit den Steuergroschen der Arbeiter sollen die Kapitalisten bezahlt werden. Das heißt, daß **die ganze Abgabe auf die Arbeiter abgewälzt** wird.

Dagegen gilt es den schärfsten Kampf aufzunehmen!

Kanitz für den Wucher der Großagrarier

(Eig. Drahtm.) **Köln**, 2. September.

Auf der Kundgebung der Rheinischen Bauernvereinigung hat Reichsernährungsminister Graf Kanitz eine längere Rede geredet. Die Kernpunkte waren folgende:

1. Die Agrarkrise beruht auf den Mißverhältnissen zwischen Industrie- und den Agrarkreisen.
2. Durch Herabsetzung der Steuern und Kreditbilfe muß den Landwirten geholfen werden.
3. Durch Schutzzölle müssen die Preise für landwirtschaftlichen Erzeugnisse in die Höhe getrieben werden.
4. Eine starke Reichsgewalt und ein einiges Vaterland wird uns wieder auf unseren Platz an der Sonne setzen.

Die hohen Preise der Industrieproduktion, die durch die Syndikierung und Kartellierung der Schwerindustrie und durch die ungerechtfertigten Profite der Großausbeuter viel zu hoch sind, untersuchte Herr Kanitz nicht länger, weil ja die Schwerindustrie zu seinen reaktionären Kreisen gehört, zur Deutschen und zur Deutschnationalen Volkspartei. Weil die Industriepreise zu hoch sind, sagt Kanitz, müssen die Lebensmittelpreise auch so hoch gesetzt werden.

Herabsetzung der Gütertarife

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 2. September.

Die Reichsregierung hat in ihrer Montagssitzung sich für eine allgemeine Herabsetzung der Gütertarife der Reichsbahn ausgesprochen.

Die neuen Herren

Paris, 1. September.

Die Reparationskommission hat ein amtliches Kommuniqué herausgegeben, in dem es u. a. heißt: „Die Reparationskommission wird demnächst endgültig den Generalagenten für die Reparationszahlungen ernennen. Sie hat Herrn Owen Young zum stellvertretenden Agenten für die Reparationszahlungen ernannt. Herr de la Croix (Belgien) wird Treuhänder für die Eisenbahn-Obligationen und der Generalsekretär der Reparationskommission Fabyean wird Kommissar für die Monopoleinnahmen. Den Posten des Eisenbahnkommissars wird der französische Sachverständige Lefèvre übernehmen.

Deutsche Polizei verhaftet für die Franzosen

(Eig. Drahtm.) Bochum, 2. September.

In der Nacht vom Sonnabend hat die deutsche Polizei das Sekretariat der KPD. durchsucht und acht Funktionäre verhaftet. Mehrere sind wieder freigelassen worden. In Gerthe wurden zwei Genossen verhaftet und den Franzosen ausgeliefert, weil sie angeblich Waffen im Besitz gehabt haben.

(Eig. Drahtm.) Duisburg, 2. September.

Am Sonnabend wurde Genosse Albert ohne Angabe von Gründen von der deutschen Polizei verhaftet.

Mainzer Kommunisten freigelassen!

Wiesbaden, 1. September.

Auf Befehl des französischen Kriegsministers Nollet sind die 25 Kommunisten, die wegen angeblicher militärischer Propaganda bereits vor dem Kriegsgericht Wiesbaden standen, auf freien Fuß gesetzt worden.

Jungdo-Sittlichkeitsverbrecher

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 2. September.

Vor dem Schöffengericht hatte sich ein Großmeister des Jungdo aus Rombeck wegen Sittlichkeitsverbrechen an zehn- bis vierzehnjährigen Mädchen zu verantworten. Er erhielt unter Zubilligung mildernder Umstände zwei Jahre Gefängnis. Jungdo ist natürlich ein mildernder Umstand.

Sozialdemokraten und Amnestie

Berlin, 2. September.

Am Sonnabend, dem 30. August, fanden bekanntlich im Reichstag die entscheidenden Abstimmungen über die Amnestieanträge statt, in der der Bürgerblock jede Amnestierung der in den Zuchthäusern liegenden Arbeiter niederstimmte. Es wird nachträglich festgestellt, daß bei diesen Abstimmungen von der 100 Mann starken sozialdemokratischen Fraktion ganze — 48 im Hause anwesend waren! Unsere Genossen hielten diese unerhörte Tatsache sofort den Stampfer und Dittmann vor, die dies nicht abstreiten konnten. Damit vergleiche man das unaufhörliche Geschrei der sozialdemokratischen Zeitungen gegen die Kommunisten.

Die Herren SPD.-Parlamentarier halten es nicht für notwendig, im Reichstag anwesend zu sein, wenn es dort um das Schicksal von 7000 Arbeitern in den republikanischen Kerkern geht. Bei der Amnestierung der von Degoutte und Poincaré gekauften Rheinland-Separatisten waren die Herren SPD.-Parlamentarier mit ihren Ja-Zetteln vollzählig anwesend.

Spitzelarbeit

Die Stinnes-Korrespondenz TU. meldet:

Herne, 1. September. Am Sonnabend wurden in Herne mit Hilfe des Bochumer Ueberfallkommandos eine Anzahl Haussuchungen vorgenommen, wobei umfangreiches Materialzutage gefördert wurde. Es handelt sich um eine noch nicht festgestellte kommunistische Terrorgruppe. Unter anderem wurden große Mengen kommunistisches Werbematerial, Flugblätter, Munition, Waffen, Sprengstoffe, Spreng- und Sabotagepläne gefunden. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Da die umfangreichen Vernehmungen den ganzen Sonntag über andauerten, ist im Augenblick ein vollkommener Ueberblick über den Umfang der aufgetauchten Terrorgruppe noch nicht möglich. Es handelt sich aber um eine ähnliche zweite Gruppe, wie eine andere vor kurzem in Gelsenkirchen entdeckt wurde.

Diese Meldung charakterisiert sich selbst. Die „überraschende" Haussuchung, die vorgefundenen „Sabotagepläne" usw. sind zweifellos Spitzelwerk. Wir werden bei Vorliegen eigener Meldungen noch darauf zurückkommen.

Eröffnung des britischen Gewerkschaftskongresses

(WTB.) London, 1. September.

Zu dem heute in Hull eröffneten britischen Gewerkschaftskongreß sind 700 Delegierte als Vertreter von 4½ Millionen Arbeitern erschienen. Anwesend waren u. a. auch vier Vertreter aus Rußland. Das Parlamentsmitglied Purcell, Vorsitzender des Kongresses, sagte, daß es die Aufgabe der Arbeiter sein müsse, alle gesetzgebenden und führenden Aemter im Lande zu erobern. Er wies in Verbindung mit dem Dawes-Bericht darauf hin, daß die britischen Gewerkschaften darüber wachen müßten, daß die Reparationen, wenn sie bezahlt würden, nicht nachteilig für die Arbeiter sein dürften. Er warnte den Kongreß vor der Möglichkeit, daß die Opposition gegen den russischen Vertrag über das Schicksal der Regierung entscheiden könnte. Der Vertreter der nationalen Union der Eisenbahnarbeiter bezeichnete den Dawes-Plan als einen Entwurf im Interesse des internationalen Kapitalismus und als den „Tod der Arbeiterbewegung".

Der Kampf der englischen Transportarbeiter

(Eig. Drahtm.) London, 2. September.

Die streikenden Transportarbeiter haben in gewaltigen Demonstrationen ihren entschlossenen Willen zur energischen Durchführung des Kampfes gegen das von den Reformisten unterstützte Unternehmertum zum Ausdruck gebracht. Alle Arbeitsplätze sind mit Streikposten besetzt. Da die Unternehmer den Vorschlag des Arbeitsministers Thomas abgelehnt haben, in einer Konferenz mit den Gewerkschaften eine Einigung zu versuchen, ist es den Reformisten bis heute noch nicht gelungen, ihren Verrat durchzuführen. Die Dockarbeiter und Eisenbahner befördern keine für London bestimmten Transporte.

Wachsende Erwerbslosigkeit in England

(Eig. Drahtm.) London, 2. September.

Die Zahl der Erwerbslosen betrug in England am 18. August 1 122 000. Das bedeutet eine Vermehrung um 30 000 seit der letzten Wochenzählung.

Der Generalstreik im belgischen Kohlenbergbau

(Eig. Drahtm.) Brüssel, 2. September.

Die Reformisten geben sich die redlichste Mühe, den Generalstreik abzuwürgen. Der Bergarbeiterverband hat an die Ausbeuter einen Brief gerichtet, in dem die Unternehmer angesteht werden, „die Proteste und Forderungen ihrer Bergarbeiter anhören zu wollen, damit dem unglückseligen Konflikt ein Ende bereitet werde und das Uebel nicht auf unsere Bergbaubezirke übergreift".

Der Streik wird überall konsequent durchgeführt, trotz allerlei Reibereien der Reformisten. Die ausländischen Arbeiter, die von den Unternehmern ins Land geholt sind, um den Streik zu brechen, haben in einer großen Versammlung sich einstimmig mit den Streikenden solidarisch erklärt, trotzdem ihnen die Unternehmer im Einverständnis mit der Regierung rücksichtsloseste Ausweisung angedroht haben. Die Streikleitung hat eine große Versammlungskampagne für alle Industriezweige angesetzt. Die Bewegung wird mit ungeheuerem Enthusiasmus geführt.

Sozialdemokraten haben gesiegt, Arbeiter sind geschlagen

(Eig. Drahtm.) **Le Havre**, 2. September.

Dank den Verrätereien und dem organisierten Streikbruch des Sozialdemokraten Meyner mußte der Streik in Le Havre abgebrochen werden. Der Marineminister hat eine Arbeiterdelegation empfangen, welche aus dem Generalsekretär der reformistischen Gewerkschaften und drei ähnlichen Arbeitervertretern besteht. Der Minister hat eine Mitteilung veröffentlicht, daß er eine Reorganisation des Arbeitsamtes erwogen habe und mehr Vertreter der Seeleute hinzuziehen wolle. Weiter plant der Herr Minister Neuwahl für die lokalen Lohnkommissionen. Zum Schluß dankte er den Delegierten für ihre Ergebenheit, für ihr Verständnis für die allgemeinen Interessen der Marine und sicherte ihnen wohlwollende Unterstützung und gerechte Berücksichtigung der Forderungen der Arbeiter zu.

Russische „Blut"justiz

Sawinkow zu 10 Jahren Kerker begnadigt

Moskau, 31. August.

Der Zentralvollzugsausschuß des SSSR. hat das über Boris Sawinkow gefällte Todesurteil in eine Kerkerstrafe in der Dauer von zehn Jahren umgewandelt. Der Gnadenakt wurde damit begründet, daß Sawinkow Reue über seine Tat an den Tag gelegt hat.

Aus den Aussagen Sawinkows vor Gericht wird nachträglich noch folgendes über die Teilnahme fremder Regierungen an den gegenrevolutionären Umtrieben in Rußland bekannt. Sawinkow hat von der französischen Mission Mostau zwei Millionen Rubel erhalten, ferner sei die Landung zweier französischen und einer englischen Division in Archangelsk zugesagt worden. Zur Organisation des Moskauer Aufstandes, der mit der Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach begann, hätten sich die Franzosen der Sozialrevolutionäre bedient. Von dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten Masaryk habe Sawinkow persönlich 200 000 Rubel für die terroristische Aktion in Rußland erhalten. Ferner hätten die Engländer den von ihnen zurückgehaltenen russischen Goldfonds von 30 Millionen Goldfranken an Koltschak übergeben.

Zur Annahme des Kolonisierungspaktes

Man muß die Frage richtig stellen

A. M. Wieder begann derselbe Spuk wie 1919. Die imperialistischen Räuber hatten einen neuen „Friedensvertrag" fabriziert, der Deutschlands Selbständigkeit aufhebt und den breitesten Massen der Bevölkerung Lasten abzwingt, die sie zu Kulis machen.

Die Hauptvertreter der derzeitigen kapitalistischen Regierung hatten diesen Vertrag in London angenommen. Diese Regierung aber stützte sich auf eine Parlamentsmehrheit, die keine ist. Zur Durchführung des Vertrags war sogar Zweidrittelmehrheit im Reichstag nötig, denn, so ungern man das auch tat, man mußte zugeben, daß die Verfassung (die seit ihrer Entstehung nie in Kraft war) auch formal vollkommen geändert wird, wenn die Eisenbahnen, Steuern, Zölle, die Reichsbank und die Industrie (wenn auch nicht formal) an Kommissare der Siegerstaaten ausgeliefert werden. Diese Zweidrittelmehrheit fehlte vielleicht, da die Deutschnationalen Opposition spielten. Daher wollte man (nämlich die Mittelparteien) einen Volksentscheid herbeiführen über Annahme oder Ablehnung des Londoner Diktats.

In diesem Augenblick mußte jeder Arbeiter, aber darüber hinaus überhaupt jeder, der nicht zum kleinen Häuflein der Besitzenden gehört, sich klar darüber werden, was die Frage eigentlich bedeutete.

Wer verlangte die Annahme? Morgan, der Bankier der Welt; die französischen Schwerindustriellen und die Bankiers, sowie ihre getreue Herriot-Regierung, die Regierung Macdonald und schon weit, weit weniger heftig die englischen Industriellen, von denen ein Teil sogar gegen den Dawes-Plan ist; ein Teil der regierenden englischen Arbeiterpartei ist ebenfalls gegen diesen Plan. Das im Ausland.

Wer verlangte in Deutschland die Annahme? Die Schwerindustrie, die Großbanken, die Mittelindustrie zum großen Teil; dazu die Sozialdemokraten. Gegen die Annahme waren Kommunisten (wie in der ganzen Welt), sehr lau die Völkischen und ganz und gar schwankend die Deutschnationalen (der agrarische, ostelbische Flügel war dagegen, der schwerindustrielle für Annahme).

Es war klar, daß bei solcher Sachlage es sich um bestimmte Klasseninteressen handelte und daß die Frage verwischt, verdreht wurde, wenn man sie nicht klassenmäßig stellte.

Nehmen wir Morgan. Es ist klar, daß für ihn der Dawes-Plan ein Plan des Kapitalexport, der Beherrschung der deutschen Rohstoffe und der Industrie, der Kolonisierung Mitteleuropas ist. Das Klasseninteresse ist hier vollkommen deutlich.

Nehmen wir die französische Bourgeoisie. Für sie handelt es sich um den Versuch, ihrerseits deutsche Rohstoffe zu nehmen, nämlich die Ruhrkohle, weshalb sie die Ruhr nicht räumt. Für sie handelt es sich ferner darum, durch die Sachlieferungsklausel bestimmte Fertigfabrikate zwangsweise billigst aus Deutschland zu pressen. Für sie handelt es sich schließlich, durch die Druckmittel einer „festgestellten" Verfehlung, weitere Sanktionen eintreten zu lassen und durch irgendwelche, bei den Zahlungen mit ziemlicher Sicherheit vorkommende, Unregelmäßigkeiten zum militärischen Vorteil des imperialistischen Frankreich auszunutzen. Das Klasseninteresse ist klar.

Nehmen wir Macdonald und die englische Bourgeoisie. Für die englische Bourgeoisie handelt es sich offenbar darum, sowohl die deutsche wie erst recht eine amerikanische, in Deutschland installierte Industrie- und Handelskonkurrenz abzuwehren. Deshalb ist ein Teil der englischen Bourgeoisie gegen den Dawes-Plan und gegen Anleihen an Deutschland. Ein anderer Teil dagegen, der Macdonald regieren läßt, hält England augenblicklich für zu schwach, gegen Amerika offen zu kämpfen und zieht das Kampfmittel der gemeinsamen Ausbeutung Deutschlands vor. Das Klasseninteresse ist auch hier klar.

Allen eben Genannten ist überdies das Interesse gemeinsam, die deutsche Arbeiterklasse nicht nur auszubeuten, sondern niederzuhalten. Denn sie verstehen sehr wohl, daß bei jetzt schon unerträglicher Lage der deutschen Arbeiterklasse eine verschärfte Ausbeutung Gegendruck erzeugen wird.

Aber gerade dieses Klasseninteresse verband die deutsche Bourgeoisie mit den eben Genannten. Die deutsche Bourgeoisie verstand sehr gut, daß die imperialistischen Räuber jetzt ihren Siegerpreis forderten, genau so, wie die deutschen Imperialisten ihn brutal und rücksichtslos forderten, so lange sie glaubten, zu siegen. Die deutsche Bourgeoisie hat sich bereits vollkommen ausgesöhnt mit der Rolle der besiegten Bourgeoisie, der ihre Sieger eine Herrenstellung einräumen unter der Bedingung, daß sie Sklavenaufseher für die Sieger werden.

Der deutschen Bourgeoisie werden Anteile an der gemeinsamen Ausbeutung des Proletariats geboten. Es ist klar, daß das Klasseninteresse der deutschen Bourgeoisie die Annahme des Londoner Räubervertrages forderte.

Aber die Deutschnationalen waren doch bis zum letzten Augenblick dagegen. Sind sie nicht die eigentliche Partei der deutschen Bourgeoisie? Und die Sozialdemokraten von Anfang an dafür. Sind sie denn eine Partei der deutschen Bourgeoisie?

Bevor wir auf die „Gründe" dieser Parteien eingehen, müssen wir den klassenmäßigen Sinn ihrer Stellung nennen.

Die Deutschnationalen sind nicht die repräsentative Partei der deutschen Bourgeoisie. Vielmehr repräsentieren sie sowohl die halbfeudalistische Kaste der Großagrarier wie die Schwerindustrie, also die eigentliche Führung der Bourgeoisie, wie auch einen Teil des Kleinbürgertums; daher auch ihre schwankende, durch und durch unklare, verlegene Haltung.

Die Großagrarier hatten kein besonderes Interesse an der Annahme des Londoner Pakts, sie hatten auch kein besonderes Interesse an der Ablehnung, denn er belastet sie nicht unmittelbar, und die eventuellen mittelbaren Belastungen werden sie schon mit Nutzen abzuwälzen verstehen. Die Schwerindustriellen dagegen sind selbstverständlich für Annahme. Denn für sie bedeutet die Annahme die Aussicht auf Einigung, Fusionen, Kombinationen mit dem „Erbfeind" (wie auch die Besetzung der Ruhr ihnen nur willkommen sein kann); für sie bedeutet die Annahme die Möglichkeit von Lohnherabsetzungen, Arbeitszeitverlängerung und Verschärfung der sozialen und politischen Reaktion, alles unter dem Vorwand der Annahme. Sie sind selbstverständlich für Annahme. Aber sie müssen Rücksicht nehmen sowohl auf die Ueberreste des Feudalismus, die Großagrarier, wie auch auf die von ihnen selbst nationalistisch gemachten Kleinbürger (auch bei den Völkischen). Daher spielten sie Opposition und nutzten ihre Stellung zu Erpressungsversuchen aus; Schutzzölle für die Agrarier, Regierungsposten für die Parteibeamten. Das Klasseninteresse ist vollkommen klar.

Die Sozialdemokraten dagegen, die heute ihrer Politik nach nur eine bürgerliche Kleinbürgerpartei sind, verstanden zum Teil sehr wohl, daß Ablehnung nur dann einen Sinn hat, wenn nach der Ablehnung eine Kraft vorhanden ist, die die Politik in die Hand nimmt. Daß das völkische Geplärre vom Krieg gegen Frankreich (es ist übrigens schon verstummt) ein Schwindel war, das verstehen nicht nur die Sozialdemokraten. Aber deren Führung, die ja mit Arbeitern etwas zu tun gehabt hat, weiß sehr gut, daß eine solche Kraft nur die Kraft der Arbeiterklasse wäre. Gerade deshalb waren sie, die Sozialdemokraten, für die Annahme. Ein Teil von ihnen, ein sehr kleiner, hielt die Kräfte der Arbeiterklasse für zu gering. Der überwiegende Teil dieser Gesellschaft dagegen hat längst auf die Arbeiterklasse verzichtet; er traut der Arbeiterklasse nur noch eine Fähigkeit zu: „Putsche", „Revolten", „Auflehnung" gegen den angestammten, von den „Führern" der Sozialdemokratie so heißverehrten Herrn, die Bourgeoisie! Gerade deshalb war die Sozialdemokratie für die Annahme.

Das Interesse ist völlig klar; sie wollen die Bourgeoisie vor dem Proletariat und den Kapitalismus vor der Revolution schützen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240902-12/fragment/page=0003

Letzte Nachrichten

Das Urteil im Hagener Friedhofsprozeß

Bürgerliche Lügenhetze gegen die KPD. zusammengebrochen

(Eig. Drahtb.) **Hagen**, 1. September.

Anläßlich des Friedhofsskandals in Hagen war die gesamte bürgerliche Presse im Verein mit den Sozialdemokraten über die Kommunisten als die „vermutlichen" Täter hergefallen. Die gestern stattgefundene Verhandlung gegen die Plünderer hat endgültig die verleumderischen Absichten des Bürgertums und der Sozialdemokraten aufgedeckt. Der deutschnationale Staatsanwalt führte in seinem Plaidoyer aus, daß der Tat kein politisches Motiv weder von rechts noch von links zugrunde gelegen habe. Das politische Moment wurde lediglich von dem Hauptangeklagten De Haas in die Verhandlung hineingetragen. Er behauptete nämlich, einmal Mitglied der KPD. gewesen zu sein.

Das Gericht bezeichnete die Vorkommnisse als Ausfluß größter Roheit ohne irgendwelche politischen Momente und bestrafte den bereits achtmal vorbestraften Hauptangeklagten De Haas zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Drei weitere Angeklagte erhielten je 4, 3 und 2 Jahre Gefängnis.

Die Erwerbslosen erwachen!

(Eig. Drahtm.) **Köln**, 1. September.

Gestern fand hier eine gewaltige Kundgebung der Erwerbslosen, Notstandsarbeiter und ausgesperrten Bauarbeiter statt, auf der folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

Resolution:

Die am 28. August im Maurischen Tempelsaale tagende Versammlung der Erwerbslosen, Notstandsarbeiter und ausgesperrten Bauarbeiter erhebt schärfsten Protest gegen die im Londoner Abkommen festgelegten Versklavungspläne. Sie verurteilt das Verhalten der Regierungsparteien sowie der Sozialdemokratie, die diesen Versklavungsgesetzen ihre Zustimmung gegeben und die durch die Annahme der Ausführungsgesetze im Reichstage eine weitere Verelendung des deutschen Proletariats verschulden. Das Unternehmertum versucht durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch Abbau der Löhne sowie Verweigerung des Existenzminimums die Lebenslage des Proletariats immer mehr herabzudrücken, um seinen Profit zu retten. Wir klagen die Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukratie sowie die Führer der SPD. an der Preisgabe des deutschen Proletariats und seine Auslieferung an das internationale Kapital.

Die Versammlung gelobt, den Kampf gegen seine Verelendung mit verschärfter Kraft aufzunehmen und stellt als nächste Forderung:

Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß!
Gegen die Stillegung der Betriebe!
Für den Achtstundentag!
Für die Arbeiterkontrolle der Produktion!
Gegen das Londoner Abkommen!
Für die Sozialisierung und Nationalisierung der Industrie!
Für die Freilassung der politischen Gefangenen!

Essener Steinarbeiter im Streik

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 1. September.

Nachdem die Verhandlungen seitens der Unternehmer abgelehnt wurden, sind die Arbeiter der Stein- und Marmorbranche in den Streik getreten. Zuzug von Steinmetzen, Marmorhauern und Polisseuren ist fernzuhalten.

Wieder ein Opfer der Ausbeuterbande

(Eig. Drahtber.) **Essen**, 1. September.

Auf der Zeche Konsolidation 1 bis 6 fand am Freitagabend gegen 8.10 Uhr auf Revier 6 der Schiefmann H. Fränzel durch das plötzliche Losgehen einer Ladung den Tod. Der Ortsälteste August Wirtzog erlitt Verletzungen am linken Knie. Die Schießhandlung wurde vorschriftsmäßig vorgenommen und liegt die Ursache des Unglücks in der schlechten Beschaffenheit der Munition. Außerdem herrscht auf der Zeche ein unglaubliches Antreibersystem.

Ku-Klux-Klan provoziert Zusammenstöße

Wie der „New York Herald" aus Chicago meldet, sind im Verlaufe eines Zusammenstoßes, der zwischen Anhängern und Gegnern der faszistischen Organisation Ku-Klux-Klan in Herrins im Staate Illinois stattfand, sechs Personen getötet und mehrere verwundet worden. In aller Eile sind gestern abend aus der Hauptstadt Springfield Truppen dorthin geschickt worden, um die Wiederkehr ähnlicher Ereignisse zu verhindern.

Sächsische Metallindustrielle fordern zehnprozentigen Lohnabbau

Die Vereinigung sächsischer Verbände der Metallindustriellen hat, nachdem sie sich durch einen Schiedsspruch die 53-Stunden-Woche gesichert hatte, die bestehende Lohnordnung zum 30. August durch folgendes Schreiben gekündigt:

„Wir kündigen hiermit die bestehenden Lohnsätze per 30. August 1924. Gleichzeitig bitten wir um Mitteilung, ob Sie gewillt sind, mit uns über einen 10prozentigen Abbau der Lohnsätze zu verhandeln. Sollten Sie zu dieser Frage eine ablehnende Haltung einnehmen, so würden wir uns gezwungen sehen, den im Tarif vorgesehenen Schiedsspruch anzurufen."

Der Verlängerung des Arbeitstages folgt der Lohnabbau. Die 10 Prozent werden nur der Anfang sein, denn die Bergwerksbesitzer des Ruhrgebiets haben schon 30 Prozent Lohnabbau verlangt.

Die Metallarbeiter müssen den Angriff der Unternehmer parieren, ihrerseits Lohnerhöhung zu verlangen. Sie müssen sich klar sein, daß der Kampf um Lohnerhöhung und Arbeitszeit auch ein Kampf gegen die Versklavung durch den Dawes-Plan ist.

Rote Frontkämpfer im besetzten Gebiet

(Eig. Drahtm.) **Barmen**, 1. September.

Hier fand gestern eine Tagung des Roten Frontkämpfer-Bundes statt, in der sämtliche Ortsgruppen des Wuppertales, Teile des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes vertreten waren. Besonders stürmisch wurden die Delegationen des Roten Frontkämpfer-Bundes aus dem besetzten Gebiet begrüßt. Nachmittags fand eine Bannerweihe der Ortsgruppe Barmen des RFB. statt. Die zahlreichen in der Stadt herumlaufenden Faszisten und Reichsbannerleute versuchten keinen Angriff.

Feierschichten im Ruhrbergbau

Essen, 1. September. In der letzten Augustwoche (24. bis 30. Aug.) mußten im Ruhrbergbau an 106 Stellen 138 107 Feierschichten eingelegt werden. Damit stellt sich die Zahl der Schichten, die die Ruhrbergleute im abgelaufenen Monat aus dem genannten Grunde feiern mußten, auf 830 000.

In diesen Tagen wird der September-Abonnementsbetrag kassiert. Wer den August noch zu bezahlen hat, hole das Versäumte nach

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107001
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Oberbezirksversammlungen finden am Donnerstag, dem 4. September, abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen statt.

Distriktsvertrauensleute der Erwerbslosen. Dienstag, vormittags 11 Uhr, in der „Produktiv": **Wichtige Sitzung.** Zeitungsgelder sind restlos abzurechnen.

Frauenfunktionäre treffen sich am Dienstagabend 6 Uhr im „Volkspark" zwecks Besprechung der Versammlung.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Dienstag, 2. September, abends 8 Uhr, im „Lindenhof": **Oeffentliche Volksversammlung.**

Kreis Bitterfeld

Greppin. Die für heute anberaumte Mitgliederversammlung muß Umstände halber ausfallen.

Gräfenhainichen. Sonnabend, 8. September, abends 8 Uhr, im „Goldenen Adler": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Zeitz

Zeitz. Dienstag, 2. September, abends 7½ Uhr, in der Schuhmacher-Herberge: **Sitzung der Kreis- und Arbeitsgebietsleiter.**

Kreis Torgau

Annaburg. Mittwoch, 3. September, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": **Oeffentliche Volksversammlung.**

Kreis Naumburg

Naumburg. Donnerstag, 4. September, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn": **Oeffentliche Volksversammlung.**

Valhalla-Lichtspiel-Theater

Täglich mit größtem Erfolg:
Hanna Bertram, Willi Ernst, Elli Arndt, Artur Wilke u. a.
in der Original-Posse mit Gesang und Tanz
„Drüsenzauber"
Alles wälzt sich vor Lachen 2067
Dazu der Welt größter Seefilm:
Die Seeschlacht von Santiago
Ein Kampf um Macht und Liebe
6 überaus spannende Akte
Beginn: 4.30 Uhr

Stadt-Theater
Mittwoch, 7½ Uhr:
„Othello"
Donnerstag:
Emilia Galotti

Aktentaschen
Ia. Leder, billigst nur
Schmeerstr. 19.
Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Antiquarisch empfiehlt Volksbuchhandlung.

Von Mittwoch mittag an stehen pa. hann. Ferkel, Läufer- u. große Futterschweine
preiswert und zu sehr günstigen Zahlungsbedingungen zum Verkauf
H. Richter, Trothaer Straße 80
2565 Telephon 3752

Nähmaschin.
auf Wunsch 2065 Teilzahlung
Karl Möller
Schmeerstraße 1

Druck sachen
aller Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Abteilung Buch- und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossensch. e. G. m. b. H. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. — Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter

Schlußausschnitte bei **Leder-Kranig** Neue Promenade 15

Volkspark
Heute, Dienstag, abends 8 Uhr.
17. Sommerkonzert
Wittekind-Kapelle
2561

Casino-Lichtspiele Wittenberg 227
Von Dienstag, den 2. bis Donnerstag, den 4. Septbr.:
Waisenkind
Fix u. Fax auf Freiersfüßen
Jugendliche haben Zutritt!

Zeitungsträger
für **Oberröblingen a. Helme** für sofort gesucht. Zu melden bei
Otto Schütze

PELZE
Sie haben 10 Jahre infolge Krieg und Inflation nicht kaufen können. Jetzt können Sie kaufen. Benutzen Sie unser unglaublich billiges Vorsaison-Sonder-Angebot. Wie bekannt, steigen die Pelzwaren im Winter immer weiter. Wir haben ein Riesenlager *549
Magazin zum Pfau
KLEINSCHMIEDEN 6, ECKE GR. STEINSTR.

Kochs 2562
Künstlerspiele „Bunte Bühne" Jägergasse
Ecke Gr. Ulrichstr.
Allabdl 8¼ Uhr
Die umfangreich. Darbietungen mit 11 Künstlern!
Kl. Eintrittspreise

Zeitungsträger
für **Wiehe** (Bezirk Halle) für sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerber wollen sich bei Herrn **Fr. Restler in Wiehe** melden.

Zeitungsträger
für **Clobigau** per sof. **gesucht.** Meldungen beim Gen. **Haubenreiter, Gehüste** bei Mücheln.

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlung

1 Waggon

Fahrräder
neu eingetroffen!
Wir liefern Qualitäts-Marken-Räder (2 Jahr Garantie) Torpedo-Freilauf m. Continental-Bereifung od. Peters Stollen
Zur Herbstsaison Ausnahmepreis
Mk. 110.—
Spezial-Geschäft
Gummi-Bieder
Große Steinstraße 81
Nähe Markt 2569

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Saalkreis

Dölau, Lettin, Lieskau. Mittwoch, 3. September, abends 8 Uhr, bei Dierschke (Dölau): **Mitgliederversammlung.** Referent anwesend.

Sennewitz, Morl und Möderau. Mittwoch, 3. September, abends 8 Uhr: **Gründungsversammlung.**

Teicha, Mierkewitz, Wallwitz. Donnerstag, 4. September, „Rotes Haus".

Hohenthurm, Zwoebendorf, Rabatz. Freitag, 5. September, in Hohenthurm.

Landsberg, Güh, Colma, Reinsdorf. Sonnabend, 6. September.

Gröbers, Osmünde, Großkugel. Sonntag, 7. September, im Gasthof Gröbers.

Beesenlaublingen. Mittwoch, 3. September, bei Gremler: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Sangerhausen

Rohla. Freitag, 5 September, abends 9 Uhr, im Gasthof: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld und Riemegk. Donnerstag, 4. September, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": **Mitgliederversammlung.**

Zörbig. Freitag, 5. September, abends 8 Uhr, im „Schloßgarten": **Oeffentliche Gründungsversammlung.**

Kreisvorstand RFB.

Konsumverein f. Großtreben u. Umg. e. G. m. b. H.
Sonntag, den 7. September 1924, mittags 1 Uhr, in Schuberts Gasthaus zu Großtreben:
228
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1923/24
2. Aufwertung der Spareinlagen und Kautionen
3. Genehmigung der Bilanz für das Geschäftsjahr 1923/24 und Entlastung des Vorstandes
4. Verteilung des Sparrabatts und des Reingewinnes
5. Aenderung der §§ 44, 46, 49, 26 Ziffer 3 und 4, 37 Ziffer 13 und 43 Ziffer 1 unseres Statuts
6. Genehmigung der Eröffnungsbilanz
7. Wahl von 2 Vorstands- und 4 Aufsichtsratsmitgliedern

Der Aufsichtsrat. **Wilhelm Nolle** Vorsitzender

Ehrenerklärung!
Die gegen Frau Martha Göricke ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit reuevoll zurück. Ich erkläre Frau Göricke als eine Ehrenfrau.
Reideburg, 2. 9. 24.
Frau **Pauline Nuß**

Alle Bücher
können durch unsere **Buchhandlungen** bezogen werden.

Bekanntmachungen

Wiederholte Mahnung an die Steuerpflichtigen

Trotz öffentlicher Mahnung vom 19. Juli d. J. sind Steuerpflichtige mit ihren Zahlungen, besonders für Hauszins-, Grundvermögens- u. Gewerbesteuern im Rückstand geblieben. Das Gesetz setzt für Grundvermögens- und Hauszinssteuer Ermäßigung oder Erlaß nicht zu.

Wenn nunmehr innerhalb acht Tagen eine Bezahlung der restlichen Steuerschuld nicht erfolgt, wird unverzüglich zur Eintreibung der Schuld durch Pfändung geschritten werden.

Eisleben, den 21. August 1924
193 **Der Magistrat**

Nachdem die **Maul- und Klauenseuche** im Kathartmenhofgut, Sangerhäuser Straße 12, **erloschen** ist, wird unsere viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 29. Juli d. J. aufgehoben.

Eisleben, den 30. August 1924
192 **Die Polizeiverwaltung.**

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Bestellt bei unseren Trägerinnen für September

DAS WORT

BLÄTTER FÜR WIRTSCHAFT ★ POLITIK ★ KULTUR ★ KUNST

Der monatliche Abonnementspreis beträgt 1,50 Mk. „Klassenkampf"-Leser zahlen nur 1,20 Mk.

DAS WORT ist die Zeitung des Kampfes für eine neue Kultur. Vom Standpunkt sozialistisch-kommunistischer Weltanschauung aus erörtert es freimütig alle das schaffende Volk angehenden Probleme.
DAS WORT pflegt insbesondere die geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, dem Lande der neuen Kultur, dem Lande der Befreiung aller Wertätigen durch den Sieg der Revolution.
DAS WORT erscheint wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, in großem Zeitungsformat. Postbezugspreis monatl. Mk. 1,50 **Verlag: Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14, Fernruf: 1045, 1047, 2251**

Am Sonntag, dem 31. August, morgens 6½ Uhr, verschied nach langem schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau

Frieda Angermann

im noch nicht vollendeten 27. Lebensjahre

Weißenfels a. S., den 1. September 1924

In tiefer Trauer
Karl Angermann
nebst allen Angehörigen
872

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 3. September, nachmittags ½2 Uhr, von der Leichenhalle aus statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240902-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Unsere Leser

bitten wir, den **Abonnementsbetrag** möglichst in den **ersten** Tagen des Monats an unsere Trägerinnen zu entrichten. Der Verlag

Parteiarbeiter-Konferenz des Bezirks Halle-Merseburg

Die Diskussion

Als erster sprach nach dem Referat der Genossin Ruth Fischer ein Genosse, der näher auf die Grundlagen ihres Referats einging. Er forderte beschleunigte Durchführung der Gewerkschaftsarbeit. Eine Vertreterin der Zentrale forderte auf, auch die Frauen in die allgemeine Parteiarbeit hineinzuziehen. Vor allem die Berufsarbeiterinnen in der Fabrik, auf die wir bisher zu wenig Gewicht legten. Das sei in den Betriebszellen sehr viel leichter möglich.

Ein Genosse des Verbandes der ausgeschlossenen Baugewerkler stellt sich ebenfalls auf den Boden der von der Partei beschlossenen Gewerkschaftstaktik. Er fordert intensivste Kleinarbeit, die allein die Aufmerksamkeit der Massen auf uns lenken und sie uns gewinnen können.

Genosse Richter spricht über die Lage der Gewerkschaftsarbeit im Bezirk Halle-Merseburg und Magdeburg-Anhalt. Bei Mobilisierung aller in unserer Hand befindlichen Ortskartelle und bei schärfster Durchführung unserer Arbeit in den Gewerkschaften wird es ein leichtes sein, das Wernicke-Kartell zu erobern. Unsere Fraktionen müssen die Arbeit wieder aufnehmen. Wenn wir die Kampagne zum Wiedereintritt die die Gewerkschaften mit aller Kraft führen, wird das verlorengegangene Vertrauen zur Wirksamkeit der Arbeit unserer Genossen wiederkehren.

Ein Metallarbeiter weist darauf hin, daß es Genossen gibt, die die Beschlüsse der Partei in ihrem Sinne auslegen. Das müsse endlich ein Ende nehmen. Nur die großen Organisationen können entscheidende Kämpfe führen. An die Durchführung der Gewerkschaftstaktik und des Zellenaufbaues muß jetzt ernsthaft gegangen werden.

Ein führender Genosse der Metallarbeiterbewegung geht auf die Politik der Partei, vor allem auf den Sozialisierungsgesetzentwurf ein. Er begrüßt die klare Einstellung unserer Gewerkschaftstaktik, die manche Scharte auswetzen könne.

Ein Genosse der Bezirksleitung wendet sich gegen die Passivität einer Reihe von Funktionären. Gerade durch die Gewerkschaftsarbeit werde die Partei die Kampagne gegen die Sachverständigenpläne an die Massen heranbringen können.

Genosse Koenen (Berlin) geht auf die Geschichte unserer Gewerkschaftstaktik ein. Bei manchen Genossen habe man in der Vergangenheit die rechte Klarheit vermissen können. Nur durch intensivste Arbeit in den Gewerkschaften werden wir die Massen in der schweren Periode des Versuches der Durchführung der Sachverständigenpläne für uns gewinnen.

Ein weiter Genosse geht auf die Gefahren des Faszismus ein. Jede Verbreitung unseres Einflusses unter den Massen sei ein Schlag gegen den Stahlhelm.

*

Schlußwort der Genossin Ruth Fischer, sowie die angenommene Resolution folgen morgen.

Zwei Bilder aus der Ebert-Republik

Des „Vaterlandes Dank"!

I.

Am Sonnabend wollte ein Krüppel am Riebeckplatz sein Heftpflaster verkaufen und setzte sich auf die Erde. Ein Sipobeamter aber war der Meinung, daß er die Passanten nicht belästigen dürfe und wies ihn vom Platze. Dagegen durften die Jungfrauen des „Roten Kreuzes", die an diesem Tage ihre Blümlein verkauften, ohne weiteres die „Passanten belästigen". Ja, Bauer, das ist auch etwas anderes! Der Vorfall rief unter den Passanten Empörung hervor.

II.

Am gleichen Tage nachmittag saßen einige alte Invaliden auf einer Bank der Promenade am Moritzzwinger. Ein patrouillierender Schupo ging auf einen der alten Männer zu und verlangte einen Ausweis. Als dieser der Aufforderung nicht gleich nachkam, da er jedenfalls den Beamten nicht verstanden hatte, riß der Schupo den alten Mann von der Bank. Er wollte ihn mit zur Wache nehmen. Da der Alte nicht so schnell laufen konnte, denn er konnte sich kaum auf den Beinen halten, zerrte ihn der Schupo mit sich, daß er mehrere Male zur Erde stürzte. Einige Arbeiter führten dann den alten Mann auf eine Bank. Der Schupo bekam bittere Wahrheiten zu hören. Durch einige Aeußerungen des Beamten wurden die Umstehenden aufs höchste erregt, und wer weiß was geschehen wäre, wenn es der „Held" nicht vorgezogen hätte, zu verschwinden.

*

Die Schupo fühlt sich als „Macht im Staate". Es ist eine Schande, wie mit Krüppeln und alten invaliden Leuten umgesprungen wird. Erst werden die armen Leute zu Krüppel gemacht und ihnen vom Kapital das Mark aus den Knochen gesogen, und dann werden sie auf eine solch empörende Weise behandelt. Aber natürlich, der Schupo hat vielleicht nur seine „Pflicht"! Er muß alles Anstoßerregende beseitigen, was er sieht. Und es ist anstoßerregend, wenn ein Krüppel am Riebeckplatz durch Verkauf von Heftpflaster einige Pfennige verdienen will, damit er seinen Hunger stillen kann. Und es ist weiter anstoßerregend für den satten Bürger, wenn er die Promenadenbänke besetzt sieht von halbverhungerten Männern und Frauen, von tuberkulösen Kindern, die sich bei schönem Wetter ins Freie flüchten aus ihren Wohnlöchern, in denen Not und Tod lauert. Er, der Bürger, der seinen faulen Balg in Seebädern mästet, ist an andere Bilder gewöhnt; er will diesen Anblick nicht haben. Er will, daß diese Jammerbilder aus dem Straßenbilde verschwinden. Und was der Bürger will, das muß der Schupo tun!

Nur so weiter! Die Dinge treiben dahin, daß auch den Blinden die Augen geöffnet werden. Um so eher kommt die Zeit, wo die gesamte unterdrückte Klasse sich erhebt und die bestehende „herrliche Gesellschaftsordnung" stürzt und an deren Stelle eine neue, die sozialistisch-kommunistische, aufrichtet. Dann werden auch bessere Zeiten für die alten invaliden Leute anbrechen!

Heute abend 8 Uhr im „Volkspark"

Große öffentliche Frauen-Versammlung

Thema: London oder Moskau?

Referentin: Erna Halbe (Berlin)

Arbeiterfrauen und Mädchen! Erscheint in Massen! Verschafft Euch Klarheit! Es geht Euch, Eurer Familie und Euren Kindern an.

Ortsgruppe Halle.

Am Donnerstag, dem 4. September, abends 8 Uhr, finden in nachfolgenden Lokalen

Oberbezirksversammlungen

statt:

Oberbezirk Mitte: „Goldene Kette", Alter Markt.
Oberbezirk Westen: Produktiv-Genossenschaft.
Oberbezirk Süden: „Losts Hof", Merseburger Straße.
Oberbezirk Osten: Weber, Flugplatz.
Oberbezirk Norden: „Volkspark", Burgstraße.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung verpflichtet alle Genossen und Genossinnen, zu erscheinen.

Die Ortsgruppe Halle.

Hausagrarier, Gericht und Schupo im Dienste des Kapitals

Wie rücksichtslos profitgierige Hausagrarier vorgehen, zeigt folgender Vorfall:

Zu dem Häuserblock Loests Hof in der Schmiedstraße gehören auch etwa 100 Kleingärten, in denen sich die dortigen Bewohner ihr bißchen Gemüse bauen und Kleinvieh halten. Die Benutzung der Gärten ist seit vielen Jahren vertraglich geregelt. Der Hausbesitzer Loest hat nun aber eine bessere Einnahmequelle entdeckt und einen größeren Teil der Gartenanlage an den Michel-Konzern verkauft zur Errichtung von Kohlenplätzen. Er hat bereits von dem Landgericht ein Urteil auf Räumung der Gärten erwirkt, wogegen von seiten der Pächter in Naumburg Berufung eingelegt worden ist. Umstände halber hat sich die Verfügung über die Einstellung der Zwangsräumung verzögert, so daß der Gerichtsvollzieher Voigtländer in rücksichtslosester Weise die Zwangsräumung durch Arbeitslose vornehmen läßt.

Gestern morgen 8 Uhr erschien ein Schupoaufgebot unter Führung eines Offiziers und in Begleitung des Gerichtsvollziehers, um mit Hilfe von dreißig auswärtigen Arbeitslosen die Räumung und den Abbruch der Gärten durchzuführen.

Alle Einwendungen der Pächter blieben ohne Erfolg.

Die Gärten gehören seit 35 Jahren zu den Wohnungen und machten das Wohnen in den umliegenden Mietskasernen erst einigermaßen erträglich. Sie waren teilweise die einzige Ernährungsmöglichkeit für manche Arbeitslose und Witwen. Jetzt raubt man ihnen auch das noch. Die Leute wissen nicht, wo sie ihr noch nicht schlachtreifes Kleinvieh unterbringen sollen; in den Gärten ist alles noch im Wachstum begriffen und werden diese halbentwickelten Nahrungsmittel auf diese Weise vernichtet. Rücksichtslos wird alles aus der Erde gerissen und den Leuten vor die Füße geworfen. Es ist das ein Skandal, der zum Himmel stinkt! Den Kindern nimmt man die Gelegenheit, in freier frischer Luft spielen zu können. In den freien Abendstunden konnten die Arbeiter in den Gärten sich etwas erholen. Das soll nun aufhören, weil ein Hauspascha, der sich den Teufel um die bestehenden Verträge schert, mit den Kapitalisten einen Pakt geschlossen hat zur Vermehrung seines Profites. Recht und Gerechtigkeit werden mit Füßen getreten. Keine Behörde kümmert sich anscheinend darum, wenn künftig aus kapitalistischen Interessen die Luft verpestet wird durch Kohlengestank und Kohlenstaub. **Profit ist Trumpf!** Und Gericht und Schupo schützen noch solche aus reinem Egoismus diktierte Handlungen. Immer mehr wird der arbeitenden Bevölkerung gezeigt, wie „herrlich" es ist in unserer so vielgepriesenen freien Republik. Immer mehr werden die Augen geöffnet über den wahren Charakter unseres kapitalistischen Staates. Einst wird die Rechnung präsentiert: Die Geknechteten und Gedrückten, die Ausgebeuteten und Entrechteten werden sich einst erheben und die ganze Gesellschaft mitsamt ihrer „Gesellschaftsordnung" zum Teufel jagen!

Das „Volksblatt" auf dem Strich

Das „Volksblatt" hat entschieden Pech mit seinen Romanen. Einmal ist es bei einem Roman von Viktor Marguerite durch erpresserische Verleger gezwungen worden, den Abdruck mitten in einer Fortsetzung abzubrechen. Und nun druckt es einen, den man als Produkt der Antibolschewistischen Liga bezeichnen würde, wenn man nicht wüßte, daß er von einem biederen Betriebsratsmitglied der Firma Wegelin & Hübner „gedichtet" worden ist. Kein proletarischer Roman. Ein Metallarbeiter-Roman. Der Autor heißt Paul Täumel, das sei gesagt, damit er bei Gelegenheit die seinem Geistesprodukt entsprechenden Lorbeeren ernten kann. Als Auftakt dazu erschien im „Volksblatt" ein Hinweis, daß die Ermordung eines gewissen Neuring in Dresden behandelt werde, den „ein schlichtes Denkmal" gesetzt werden solle. Das schlichte Denkmal besteht in einer Flut von Schimpfereien auf die Kommunisten, in einer Selbstbeweihräucherung des „sozialen" und „sozialistischen" Tuns der Sozialdemokraten (das haben sie gerade nötig, nachdem sie mit der Bourgeoisie den schwarzrotgoldenen Pakt geschlossen haben und Hermann Müller im Reichstag erklären konnte, daß Sozialisierung ein ganz gemeiner Volksbetrug sei). Wie ein Sprühregen ergießt sich Kommunistenhaß und Furcht vor der Revolution in dieser literarischen Schöpfung über die Proletarierleer. Hat das Gift schon gewirkt? Sind sie schon infiziert? Ist doch auch für diese Arbeiter-„Kritiker" der Lumpenproletarier eine Sache, die man anspuckt, gerade so wie die „Hallesche Zeitung" es tut!

Der Stil des Geschriebenen ist echt. Wald-, Wiesen- und Gewerkschaftsbonzenluft vom Ende des vorigen Jahrhunderts, lieblich mit Courths-Mahler gewürzt. Die beste Kost für Proletariertöne, die vom Klassenkampf abgelenkt werden sollen.

Aber wir wollen nicht versäumen, dem Helden des Romans „Die eiserne Faust" auch ein schlichtes Denkmal zu setzen. Man braucht keinen Roman darum zu schreiben; obgleich die Tragödie der Proletarier in der Zeit von damals gefundenes Fressen für Kientopschreiber und literarische Dunkelmänner gewesen sein mag. Aber die hatten damals Angst.

Wer ist der Held und was geschah mit ihm? Hier ist der tatsächliche Vorgang, der den „Volksblatt"-Roman zu einem Lügengebilde stempelt:

Der Gewerkschaftsbeamte Neuring war im Jahre 1919 Militärbevollmächtigter von Sachsen. Das Bureau befand sich in dem sächsischen Kriegsministerium im Blockhaus an der Augustusbrücke in Dresden. Neuring hatte durch einen Erlaß verfügt, daß den Lazarettinsassen der sächsischen Lazarette die Ration in Brot und Speisungen gekürzt wurde, daß auch die damals bezogene Kriegszulage für Lazarett- und privatbehandelte Soldaten auf die Garnison- oder Friedensbesoldung herabgesetzt wurde. Auf Grund dieser Verfügung trat eine große Entrüstung innerhalb der in Frage kommenden Kreise ein. In einer Reihe von öffentlichen Versammlungen, welche einberufen wurden vom Spartakusbund und vom Roten Soldatenbund, wurde Protest erhoben. Es wurde eine Kommission gewählt, die bei dem damaligen Kriegsminister Neuring vorstellig wurde. Neuring lehnte den Empfang der Kommission ab. Infolgedessen zogen ungefähr 5000 revolutionäre Arbeiter und Soldaten vor das Blockhaus und verlangten eine Verhandlung mit Neuring. Neuring blickte höhnisch zum Fenster heraus. Daß steigerte die Wut und die Empörung der Demonstranten. Als erneut die Kommission vorstellig wurde, wurden von den Beschützern Neurings zwei Handgranaten, angeblich in den Lichthof, geworfen. Daraufhin stürmte die Masse das Gebäude, bemächtigte sich Neurings und warf ihn in die Elbe. Daraufhin wurde das Blockhaus besetzt von drei Spartakusmitgliedern und zwei Mitgliedern der Unabhängigen Partei. Die Brücke wurde abgesperrt von Mitgliedern des Roten Soldatenbundes. Die Regierungstruppen hielten die Augustusbrücke vom Landtagsgebäude aus unter Maschinengewehrfeuer. Es gab eine größere Anzahl von Verwundeten. Der Spartakusbund rief die Arbeiter auf, den kommenden Sonntag früh 9 Uhr bewaffnet auf dem Neustädter Markt sich zu sammeln. Die USP.-Vertreter verlangten Verhandlung mit den Volksbeauftragten, setzten diese Verhandlung durch und übergaben das Blockhaus in der Nacht zwischen Sonnabend und Sonntag an die Volksbeauftragten.

In dem Neuring-Prozeß wurde nicht festgestellt, von wem Neuring ins Wasser geworfen wurde. Von unserer Seite aus wurde der Nachweis erbracht, daß Spitzel, unter anderen Musch, Heidenau, ihre Hände im Spiel hatten. Der Hauptschuldige war Neuring selbst durch sein provokatorisches Auftreten.

So liegen die Dinge. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei kann nicht mehr gefährlich werden. Denn sie macht keine. Sie bibbert nur leise ihr „Ja" zu allem, was Stresemann-Morgan fordern. Sie rechnet an der Anzahl Ermordeten ihres Noske aus: Werden wir abgebaut — werden wir nicht abgebaut — werden wir abgebaut? Und weil das Orakel verkündet, daß sie abgebaut wird, geht sie jetzt auch unterm Strich auf den Strich und bietet sich der Bourgeoisie öffentlich an. Die Proleten werden der Hure Sozialdemokratie darauf noch die richtige Antwort geben.

Ist das keine Erpressung?

Daß die hallischen Arbeitslosen um die Erhöhung ihrer Unterstützung betrogen werden, wurde bekanntlich in der letzten Erwerbslosenversammlung vom 25. August öffentlich festgestellt. **Eine neue Schandtat, welche man nach den Paragraphen des Strafgesetzbuches als Erpressung bezeichnen kann, verdient öffentlich an den Pranger genagelt zu werden.** Wir berichteten in unserer Nummer vom 28. August von dem Unglücksfall eines Notstandsarbeiters der städtischen Baustelle Trotha. Da dieser Unglücksfall nur die Folge des Antreibersystems und der sogenannten „Pensumarbeit" war, weigerten sich die dort beschäftigten Notstandsarbeiter, weiterhin diese Pensumarbeit zu verrichten. Vor einigen Tagen erschienen nun auf dieser Baustelle der unter dem Spitznamen „Sklavenvoigt" bekannte Stahlhelmingenieur **Gaißenheimer** und der Vermittlungsbeamte der Erwerbslosenfürsorge, **Naumann** (unseres Wissens SPD.) und eröffneten den Notstandsarbeitern,

daß die Baustelle Trotha vom Tiefbauamt aufgehoben würde, wenn die Arbeiter nicht sofort wieder die alte Pensumarbeit verrichten würden.

Also, wer nicht will, soll verhungern!

Herr Staatsanwalt! Hier können Sie die von Ihnen so sehr gerühmte deutsche Kultur schützen! Greifen Sie zu! Wir wissen, daß wir von jener Seite keine Hilfe zu erwarten haben, darum werden wir uns an die Arbeiter und an die Erwerbslosen.

Dem hallischen Magistrat scheint seit dem Ausschluß der kommunistischen Stadtverordneten der Kamm mächtig geschwollen zu sein. Es liegt an den Erwerbslosen, der Willkür dieser verknöcherten Bureaukraten einen Damm entgegenzusetzen. **Die Erwerbslosen und Notstandsarbeiter müssen sich noch sehr zusammenschließen und dann den in der letzten angenommenen Resolution ausgesprochenen Satz zur Ausführung bringen.** Aber auch die noch im Betriebe befindlichen Arbeiter müssen endlich praktische Solidarität mit den Erwerbslosen üben, dann wird auch der hallische Magistrat bald erkennen, daß seine Macht ein Dreck ist gegen die der Arbeiterschaft.

Im übrigen wäre es noch wünschenswert, daß die zuständige Behörde einmal die sanitären Einrichtungen der städtischen Baustellen einer Prüfung unterzieht. — Aber eine Krähe hackt bekanntlich der anderen kein Auge aus!

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, zum ersten Male in dieser Spielzeit „Undine". Mittwoch 7½ Uhr: „Othello" mit Karl Jahn a. G. in der Titelpartie. Donnerstag zum ersten Male „Emilia Galotti". Regie: Else Rochel-Müller. Beschäftigt sind die Damen: Sessing, Düsser, Thetter-Lange. Die Herren: Günzel, Hensel, Inlander, Weber, Erdmann, Haller, Förster, Tiedemann, Heinze. Freitag erste Wiederholung von „Undine". Sonnabend: „Emilia Galotti".

* **Volksbühne.** Für die erste Spielreihe ist, da alle Spieltage überzeichnet waren, auf vielfachen Wunsch ein weiterer Spieltag eingerichtet worden. Anmeldungen dazu werden umgehend in der Geschäftsstelle, Brüderstr. 14, erbeten. Spieltage der ersten Reihe: Lessing, Emilie Galotti (Beginn 7½ Uhr). Donnerstag, 4. Septbr. (G); Sonnabend, den 6 September (H); Montag, den 8. September (J); Montag, den 15. September (L). Spieltage der zweiten Reihe: Wagner, Tristan und Isolde (Beginn 6½ Uhr): Donnerstag, den 11. September (A); Donnerstag, den 18. September (B); Mittwoch, den 24. September (C); Donnerstag, den 9. Oktober (D). Die ersten Beitragsmarken müssen jetzt in der Geschäftsstelle eingelöst werden. Neuanmeldungen werden täglich in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, entgegengenommen. Geschäftszeit 9 bis 1 und 3 bis 5 Uhr, auch Sonnabends. Die Eintragung und Kartenausgabe für die Kammerspiele im Thalia-Theater hat begonnen.

* **Kommunistische Metallarbeiter.** Am Sonnabend, dem 6. September, abends 7½ Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine Fraktionssitzung statt. Zutritt haben nur eingeschriebene Mitglieder der KPD. unter Vorzeigung des Parteiausweises und des Mitgliedsbuches des DMV. Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung müssen alle kommunistischen Metallarbeiter erscheinen. Jeder Betrieb muß unbedingt vertreten sein.

Die Fraktionsleitung.

* **Bund der Freunde der JAH.** Mittwoch, abend 8 Uhr, in der „Goldenen Kette" Funktionärsitzung. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht.

Ammendorf. Gemeindevertreter-Sitzung am 28. August. Vor der Sitzung fand die Wahl des Amtsausschusses statt. Zu dieser waren drei Wahlvorschläge eingegangen. Abgegeben wurden 31 Stimmen, davon erhielten KPD. 12, SPD. 6 und Ordnungsblock 13 Stimmen. Gewählt sind Karl Rothe (KPD.), Beindorf und Just (Ordnungsblock). Der Gemeindevorsteher gab dann bekannt, daß an Stelle des Wohlfahrtsflegers Henze, Frau Schröder getreten ist. Genosse Pilger verliest ein Schreiben vom Landgemeinde-Verband, woraus hervorgeht, wie unser Protest gegen die in voriger Sitzung stattgefundenen Kommissionswahlen berechtigt war. Fest steht aber, daß der frühere kommunistische Gemeindevorsteher, welcher jetzt ein SPD.-Mann geworden ist, sich eine feste Stütze beim Ordnungsblock verschaffen mußte. Auf eine Anfrage des Genossen Pfeffer, wonach verschiedene üble Gerüchte gegen einen Angestellten im hiesigen Arbeitsamte in der Gemeinde umherschwirren, was der Gemeindevorsteher in dieser Angelegenheit

Am Mittwoch nachmittag 4 Uhr

finden

zwei öffentliche Kinder-Werbeversammlungen

im „Volkspark" und in der „Produktiv-Genossenschaft" statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240902-12/fragment/page=0005

zu tun gedente, erwidert derselbe, daß dies seine Erledigung gefunden habe dadurch, daß derselbe erstmalig eine Verwarnung erhalten habe. Ein Antrag, Aenderung des Tarifs der Angestellten (Antrag und Beschwerde an die Regierung des Ordnungsblocks) wird von der Tagesordnung abgesetzt, da die gepflogenen Verhandlungen noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Anstellung einer dritten Gemeindeschwester wird ausgesetzt. Die Aenderung des Statuts der Berufsschule wird mit 18 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Die Anstellung eines Gewerbelehrers wird bis zum Februar zurückgestellt. Gegen den von der Regierung geplanten Schulabbau wendet sich die gesamte Vertretung. Der Gemeindevorsteher wird beauftragt, diesbezügliche Schritte dagegen zu unternehmen. Unsere Genossen nahmen auch hierzu Stellung und geißelten scharf des Gebaren der Regierung gegen die Volksschulen. 60 Kinder will die Regierung in den Schulklassen haben; in der Praxis bedeutet dies 80 Kinder. Das ist ein ungeheuerlicher Rückschritt. Durch Umstellung verschiedener Klassen soll dem Abbau vorgebeugt werden. Einem 2. Nachtrag zur Hunde- und Jagdsteuerordnung wird zugestimmt. Zur Begutachtung und Abschätzung der durch die Ueberschwemmung entstandenen Schäden wird eine Kommission von fünf Personen gewählt.

Aus der Provinz

Aus der Provinzialverwaltung

Sitzung des Provinzialausschusses

Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen hielt seine letzte Sitzung in Erfurt ab.

In der Sitzung waren insbesondere verschiedene Vorlagen festzustellen, die dem am 16. September d. J. in Merseburg zusammentretenden Provinziallandtag zur Beschlußfassung unterbreitet werden sollen. Hervorgehoben seien die Vorlagen über **Neuwahl des Landeshauptmanns**, Abänderung des Reglements für das Kassen- und Rechnungswesen, etwaige Erhebung einer **Nachtragsumlage an Provinzialsteuern**, Befürwortung der Annahme der Städteordnung seitens der Landgemeinde Annaburg sowie **Bewilligung von Beihilfen an durch Unwetter geschädigte Einwohner in verschiedenen Gebieten der Provinz Sachsen.**

Zum stellvertretenden Mitglied des Provinzialausschusses wurde an Stelle des Kaufmanns Fuchs in Erfurt, der sein Amt niedergelegt hat, der prakt. Arzt Dr. Stanze in Riestedt gewählt. Für den Fabrikbesitzer Franz Seldte in Magdeburg wurde der Prokurist Karl Leue in Magdeburg und für den Tischler Karl Baier der Dreher Richard Magdanz (SPD.), beide in Magdeburg, zu Abgeordneten des Provinzial-Landtages erklärt. Der Provinzialausschuß beschloß weiterhin, den Pflegekostensatz für die in dem Krankenhause des Landespflegeheims und der Arbeitsanstalt Großalze untergebrachten Personen, abweichend von dem Tarife der unter preußischen Fürsorgeverbänden zu ersetzenden Fürsorgekosten, vom 1. September 1924 ab auf täglich 2 Goldmark festzusetzen. Durch diesen Satz sollen auch die der Anstalt zur teilweisen Deckung der allgemeinen Verwaltungskosten zustehenden Renten der Kranken und die Kosten für die gelieferte Bekleidung als abgegolten angesehen werden. Als Sachverständige im Gutachterbeirat beim Bezirksausschuß in Magdeburg in Heimstättenangelegenheiten wurden Regierungsbaumeister Gerlach und Buchhalter Otto, beide in Magdeburg, gewählt, als deren Stellvertreter Diplomingenieur Keller in Magdeburg und Gerichtsvollzieher Taebel in Schönebeck.

Neue Gruben-Stillegung

Wie aus Nachterstedt gemeldet wird, wird die den Anhaltischen Kohlenwerken gehörige **Braunkohlengrube „Clara“** bei Trose, welche mit der Brikettfabrik und der Schwelerei bisher an die zum Riebeck-Montan-Konzern gehörige Gewerkschaft „Concordia“ in Nachterstedt verpachtet war, **völlig stillgelegt.** Dadurch wird wieder eine ganze Anzahl Arbeiter erwerbslos.

Die neue Reichstags-Wahlkreiseinteilung für Sachsen-Thüringen

Dem Reichstag ist vor wenigen Tagen der Entwurf eines vierten Gesetzes zur Aenderung des Reichswahlgesetzes zugegangen. Die Gesamtzahl der Wahlkreise ist auf 176 festgesetzt, während gegenwärtig nur 32 Wahlkreise vorhanden sind.

Provinz Sachsen und Thüringen bilden einen Wahlkreisverband, für den wiederum folgende Wahlkreiseinteilung vorgesehen ist:

Wahlkreis Nr. 40, Stendal: Die Stadtkreise Stendal und Burg, die Landkreis Stendal und die Kreise Osterburg, Salzwedel, Gardelegen, Jerichow I und Jerichow II.

Wahlkreis Nr. 41, Magdeburg: Der Stadtkreis Magdeburg und die Kreise Wolmirstedt und Neuhaldensleben.

Wahlkreis Nr. 32, Halberstadt: Die Stadtkreise Halberstadt, Quedlinburg, Aschersleben, die Landkreise Halberstadt, Quedlinburg und die Kreise Grafschaft Wernigerode, Oschersleben, Wanzleben, Kalbe.

Wahlkreis Nr. 43, Wittenberg: Der Stadtkreis Wittenberg, der Landkreis Wittenberg und die Kreise Schweinitz, Liebenwerda, Torgau, Bitterfeld, Delitzsch.

Wahlkreis Nr. 44, Halle a. S.: Die Stadtkreise Halle a. S., Merseburg, der Saalekreis und der Landkreis Merseburg.

Wahlkreis Nr. 45, Weißenfels: Die Stadtkreise Weißenfels, Zeitz, Naumburg, die Landkreise Weißenfels, Zeitz, Naumburg, der Kreis Querfurt und der Mansfelder Seekreis.

Wahlkreis Nr. 46, Nordhausen: Die Stadtkreise Nordhausen, Eisleben, die Kreise Grafschaft Hohenstein, Worbis, Sangerhausen, Edersberga, der Landkreis Sondershausen und der Mansfelder Gebirgskreis.

Wahlkreis Nr. 47, Erfurt: Die Stadtkreise Erfurt, Mühlhausen, die Landkreise Erfurt, Mühlhausen und die Kreise Weißensee, Langensalza, Heiligenstadt.

Wahlkreis Nr. 140, Gotha: Die Stadtkreise Gotha, Eisenach und die Landkreise Gotha, Eisenach, Meiningen.

Wahlkreis Nr. 141, Arnstadt: Der Stadtkreis Arnstadt, die Landkreise Arnstadt, Rudolstadt, Hildburghausen, Sonneberg und die Kreise Herrschaft Schmalkalden, Schleusingen.

Wahlkreis Nr. 142, Weimar: Die Stadtkreise Weimar, Apolda, Jena, die ländkreise Weimar, Jena-Roda, Saalfeld, die Kreisabteilung Camburg und der Kreis Ziegenrück.

Wahlkreis Nr. 143, Gera: Die Stadtkreise Gera, Altenburg, Greiz und die Landkreise Gera, Altenburg, Greiz, Schleiz.

Wahlkreis Nr. 155, Dessau: Das Land Anhalt.

Merseburg-Querfurt

Schkeuditz. Angst vor der eigenen Courage hat man in Schkeuditz in der Angelegenheit der neuen Magistratsmitglieder. Am 2. Juni bereits erfolgte die Neuwahl; bis heute wagte man nicht, der Oeffentlichkeit die Ablehnung der kommunistischen Vertreter bekanntzugeben. Auch alle andern Gewählten sind noch nicht in ihre Aemter eingeführt. Wohl oder übel muß das in der nächsten Zeit erfolgen, nachdem der Bürgermeister aus seinem ziemlich langen Erholungsurlaub zurückgekehrt ist, vorausgesetzt, daß er sich nicht Erholungsurlaub nimmt, um sich von den Strapazen der Ferienreise zu erholen, wie das im vorigen Jahre der Fall war. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die nächste Stadtverordnetensitzung sehr interessant verlaufen. Wie sagte die SPD. in der Wahlversammlung: In Stadtverordnetenversammlungen betreiben wir keine hohe Politik. Daß dies eine Phrase war, werden die Schkeuditzer Proletarier in der nächsten Sitzung miterleben können. Die SPD. wird beweisen, daß sie auf einer Linie mit ihrem Genossen Severing steht und daß es ebensolcher Schwindel ist, wenn sie von sich aus behaupten: Wir sind ja Linke! Also Proletarier, aufgepaßt, was in den nächsten Tagen im Schkeuditzer Rathaus gespielt wird!

Städtetag der Provinz Sachsen und Anhalt

Der übliche Schmus — Auch für den Städtetag sind die Kommunisten Bürger und Wähler zweiter Klasse!

In Erfurt hat sich der Städtetag der Provinz Sachsen und Anhalt nach zwei Jahren wieder versammelt. Im letzten Jahre mußte die Abhaltung inhibiliert werden, da damals gerade die Inflation am schärfsten einsetzte. Nach den üblichen Begrüßungsreden durch die Vertreter der verschiedensten staatlichen und wirtschaftlichen Organe und Verbände gibt der Vorsitzende des Städtetages, Oberbürgermeister Beims (Magdeburg), einen kurzen Vorstandsbericht, der in seinem allgemeinen Teil zwar recht viele Klagen über den gesetzlosen Zustand, infolge der vielen schematischen Anordnungen der staatlichen Organe auf vielen Gebieten für die Gemeindeverwaltungen enthält, aber im übrigen von Loyalität gegen die Staatsautorität trieft. Er spricht die bestimmte Hoffnung aus, daß in der Frage der Selbstverwaltung der Gemeinden im Landtag nun endlich einmal die überaus schädliche Rechtlosigkeit der Gemeinden beseitigt werde.

Ueber die

Selbstverwaltung der Gemeinden

sprach Oberbürgermeister Mitzlaff (Berlin) eine ganze Reihe Wahrheiten aus, die aus der Praxis sich ergeben. Sowohl die einengenden Beschwerderechte der staatlichen, wie die Bevormundung, die finanziellen und juristischen Bevorrechtigungen der staatlichen Organe über Gemeindeverwaltungen, die vielen Auftragsgeschäfte, auf deren Gestaltung die Stadtverwaltungen meist keinen Einfluß haben, aber die Arbeit leisten müssen, die meist den Anschauungen und der praktischen Arbeit der Stadtverwaltungen widersprechen. In Fragen der Fürsorge und Wohlfahrt, der Jugenderziehung, der Schulverwaltung, der Wohnungsfrage, der Arbeitsämter und vielen anderen der Auftrags- und der stark beengten Selbstverwaltungsgeschäfte, bringt er schließlich viele Beweise dafür vor, daß die staatlichen Aufsichtsorgane für die Schmerzen der Gemeinden kein oder nur sehr geringes Verständnis haben. Als Quintessenz seines Vortrages legt der Referent die folgende Resolution vor, die dann auch einstimmig angenommen wurde:

„Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs und der Länder haben sich bei der verantwortungsvollen Aufgabe der Neugestaltung des Staatswesens seit dem Kriege ausschlaggebend von dem Gedanken zentraler Regelung und Verwaltung leiten lassen. Die auf dem Gedanken der Dezentralisation und der Freiheit der örtlichen Verwaltung beruhende Selbstverwaltung ist dadurch auf das schwerste geschädigt worden.

Von tiefster Beunruhigung über die Gesetzgebung der letzten Jahre erfüllt und zugleich in dem Bewußtsein, damit nur dem gesamten Staatswohl zu dienen, fordern die zum Provinzial-Städtetag in Erfurt zusammengetretenen Städte aus der Provinz Sachsen und dem Freistaat Anhalt auf das nachdrücklichste **Wiederherstellung ihrer Selbstverwaltung** als einer durch die eigene Verantwortung und durch die öffentliche Kritik von selbst in den richtigen Bahnen gehaltenen freien Verwaltung der örtlichen Angelegenheiten durch die örtliche Volksgemeinschaft, bei der die Mitwirkung der Staatsbehörden sich nicht vom Gesichtspunkt der Bevormundung, sondern lediglich danach, ob unmittelbare Interessen des Staates verletzt werden, bestimmen lassen darf.

Die Städte fordern die Wiederherstellung ihrer durch die verschiedensten Fachgesetze gefesselten Bewegungsfreiheit bei Ausführung der ihnen obliegenden Aufgaben, insbesondere auch die Aufhebung des Besoldungssperrgesetzes und die Wiederherstellung ihrer durch die Gesetzgebung des Reichs vernichteten Finanzhoheit.

Sie fordern zu diesem Zweck auch, daß die dem Landtag vorliegende neue Preußische Städteordnung in einer Form verabschiedet wird, welche die **Selbstverwaltung** für die zukünftige **Gesetzgebung dauernd als einen unverrückbaren Grundsatz der Verwaltungspolitik** festlegt, indem sie von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß in der Selbstverwaltung eine der fruchtbarsten Quellen zur Erschließung aller produktiven Kräfte des Volkes liegt, deren Reich und Stadt zum Wiederaufbau mehr als je nötig haben.“

Erfurt, den 29. August 1924.

(Folgen elf Unterschriften.)

Den Antrag begründet Genosse Heym, Stadtverordnetenvorsteher in Suhl.

Oberbürgermeister Beims wollte die ihm unangenehme Sache mit Humor aus der Welt schaffen. Er erzählte zu diesem Zwecke eine Geschichte aus dem Schwabenländle zur Zeit einer Verkehrsstörung.

Bürgermeister Weber (Halberstadt) brachte noch eine Reihe Fälle zur Sprache, um die Notwendigkeit der größeren Elbogenfreiheit für die Stadtverwaltungen zu beweisen und wendet sich dann gegen den kommunistischen Antrag, der nicht annehmbar sei.

Der kommunistische Antrag wurde mit allen gegen 12 Stimmen abgelehnt!

Damit hat der Städtetag bewiesen, daß auch für ihn die **Kommunisten Bürger und Wähler zweiter Klasse sind.** Das werden sich die Kommunisten in den Gemeinden merken müssen!

Es wird dann die Wahl des Vorstandes vorgenommen, in den nach Bestätigung des alten Vorstandes an Stelle des zurücktretenden Oberbürgermeisters Dr. Contag (Nordhausen), der Mühlhäuser Oberbürgermeister Arnold gewählt wird. — Als nächster Tagungsort wird Quedlinburg gewählt. — Zum Schluß wurde noch das Referat des Stadtmedizinalrats Professor v. Drigalski, Halle a. d. S. über „Die Versalzung der Flußläufe und die Wasserversorgung der Städte“ entgegengenommen.

Die kommunistische Fraktion des Städtetages hat im Anschluß an dieses Referat den folgenden Antrag gestellt:

An das

Preußische Innenministerium

Berlin.

Nachdem der Innenminister Severing durch seinen Erlaß die Kommunisten aus dem kommunalen Verwaltungsdienst fernhält, was einer Vergewaltigung der kommunalen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung gleichkommt und ferner nicht im Einklang mit der Reichsverfassung und der Städteordnung steht, erhebt der heutige Städtetag energisch Protest gegen die weitere Aufrechterhaltung der vollständig verfassungswidrigen Verfügung.

Artikel 1 der Reichsverfassung sagt:

„Das deutsche Volk ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Artikel 128 sagt weiter:

„Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Aemtern zugelassen.“

Die neue Städteordnung sagt unter § 117 folgendes:

„Träger der städtischen Gewalt ist die Gesamtheit der Einwohnerschaft.“

Die Nichtbestätigung der vielen kommunistischen Stadträte und Gemeindevorsteher bedeutet eine brutale Rechtlosmachung der vielen kommunistischen Wähler und Wählerinnen.

Da der Severingsche Erlaß im schärfsten Widerspruch mit der Reichsverfassung und außerdem mit dem Wahlrecht steht, das ausdrücklich den Wählern die Durchsetzung ihrer politischen Auffassung im Kreistlichen, sowie im kommunalen Verwaltungsapparat gewährleistet, fordert der heutige Städtetag die sofortige Aufhebung dieses Erlasses.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Kretzschau. Die Einweihung des „Heldendenkmals“ fand am vergangenen Sonntag statt. Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdo und der „Kriegerverein“ drückten der ganzen Veranstaltung den Stempel auf und dokumentierten damit den Zweck des ganzen Rummels. Geradezu lächerlich erschienen die „Heimkrieger“, mit dem Klempnerladen angetan. Ebensfalls zeigten die Reden des Pfarrers Lorleberg und des Vorsitzenden des Denkmalsausschusses, Voigt, was Wunsch und Zweck der Veranstaltung war; „Verherrlichung“ und „Zurücksehnung“ der „glorreichen“ Zeit von 1914. Die Ehrenfalve des „Kriegervereins“ klappte hermasen ausgezeichnet, daß selbst die zur Aufrechterhaltung der „Ruhe“ und „Ordnung“ anwesenden Schupo lachen mußten. Erfreulicherweise hat sich die Arbeiterschaft, mit Ausnahme von einigen Unbelehrbaren, dem Rummel ferngehalten. Bemerkenswert ist noch die Beteiligung fast aller Handwerker und Gewerbetreibenden.

Kretzschau. Ergebnis der Gemeindevorsteher- und Schöffenwahl. Die am Sonntag stattgefundene Wahl zeitigte folgendes Ergebnis: Gemeindevorsteher: Bergarbeiter Gustav Röbel; Schöffen: Schlosser Friedrich Geißler, Stellmachermeister Richard Schlegel und als Hilfsschöffe Ziegeleiarbeiter Bruno Greuner.

Mansfeld-Sangerhausen

Was sich ein Landjäger alles erlaubt!

Ein Faszistenbegräbnis

Am Mittwoch fand in **Leimbach** b. Mansfeld die Beerdigung des erschossenen Feldhüters Bösel unter zahlreicher Beteiligung der vaterländischen Verbände statt. Die Faszisten hatten aus der ganzen Umgegend sämtliche Gruppen herangezogen. Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdo, Scharnhorst und Luisenbund, alles war da mit Fahnen und Wimpeln. Nur der Holzhelm war nicht vertreten. Ob er verschnupft war, daß er keine besondere Einladung erhalten hatte?

Bei dieser Gelegenheit tat sich der Landjäger Schubert besonders hervor. Ein Arbeiter stand am Wege, um den Zug an sich vorüberziehen zu lassen. Er hatte dabei vergessen, seine Tabakspfeife aus dem Mund zu nehmen. Doch das Auge des Gesetzes wacht! Weil das bei einem vorüberziehenden Leichenzug jedenfalls verboten ist (das Gesetz kennen wir allerdings nicht), schlug der **Landjäger dem Arbeiter die Pfeife aus dem Mund. Dann forderte er ihn auf, er solle sich erst mal richtig hinstellen und die Hände aus den Taschen nehmen, wenn er mit dem Herrn Landjäger spräche. Als der Arbeiter dagegen Einwendungen machen wollte, bekam er zur Antwort, er solle die Schnauze halten!**

Man kann wohl einigermaßen gespannt sein, wie hoch die Strafe ausfallen wird für den Arbeiter, der anscheinend bisher immer noch geglaubt hat, er befände sich in der freiesten aller Republiken

Große öffentliche Volksversammlungen

mit der Tagesordnung:

London oder Moskau?

finden statt in:

Delitzsch: Dienstag, 2. September, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“.

Annaburg: Mittwoch, 3. September, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“.

In allen Versammlungen spricht der

Reichstagsabgeordnete Genosse Wilh. Koenen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, erscheint in Massen!

Böse Zungen behaupten, er habe sich gegen ein besonderes „Ermächtigungsgesetz der Landjäger“ vergangen. Vielleicht äußert sich die vorgesetzte Behörde einmal dazu. Der Fall zeigt aber wieder, wie weit wir im deutschen „Ordnungsstaate“ sind. Wahrlich nette Zustände, gegen die sich die Arbeiterschaft nur durch engen Zusammenschluß in der KPD. erwehren kann und muß!

Wittenberg-Schweinitz

An alle Ortsgruppen und Arbeitsgebietsleiter des Kreises Wittenberg-Schweinitz

Sonntag, den 7. September, vormittags 9 Uhr, findet bei Freudenberg in Wittenberg

Kreisfunktionär-Sitzung der KPD.

statt. Alle Ortsgruppenvorsitzenden, Ressortleiter und Arbeitsgebietsleiter haben unbedingt zu erscheinen. Die Konferenz beginnt pünktlich um 9 Uhr; wer nicht erscheint, wird zur Verantwortung gezogen. Kreisleitung KPD. Wittenberg-Schweinitz.

J. A.: Chemnitz.

Torgau-Liebenwerda

Pressen. Selbstmord auf den Schienen. Am Dienstagmorgen schied ein Liebespärchen freiwillig aus dem Leben, indem es sich vor den von Dresden kommenden Frühzug legte. Beide Körper waren in der Mitte vollständig getrennt. Jede Person hatte sich auf eine Schiene gelegt, so daß beide mit dem Kopfe zusammenlagen und so in den Tod gingen. Das junge Mädchen stammt aus Frauenhain, der junge Bursche stammt, wie erzählt wird, von Lenz bei Ortrand und wohnte in Raden. Was beide in den Tod getrieben hat, ist bisher noch unbekannt. Der Maschinenführer hatte nichts bemerkt und erkannte erst das schreckliche Ereignis, als er in Elsterwerda ein Verbindungsstück, von einer Frau stammend, und Blut an den Maschinenteilen bemerkte.

Aus der Jugendbewegung

Merseburg. Kommunistische Kindergruppe. Mittwoch nachmittag 4 Uhr Spielen auf dem Turnplatz Jahn.

Die Kindergruppenleitung.

Theißen bei Zeitz. Oeffentliche Jugendversammlung. Am Mittwoch, dem 3. September, findet hier eine öffentliche Jugendversammlung statt mit dem Thema: „Arbeitsdienstpflichtjahr und die Stellung der KJ. dazu.“ Die gesamte Jugend von Theißen und die erwachsene Arbeiterschaft ist dazu eingeladen, speziell die SAJ., welche glaubt, wie wir aus dem Zeitzer „Volksboten“ entnehmen, daß die KJ. vor derselben kneift.

Briefkasten

H. O. 101. Dollarkurs am 30. 6. 22: 374,50 Mk.; am 1. 7. 24: 4200 Billionen Mark.

DAS WORT Aus dem Inhalt der Nr. 102: Von der Not der Arbeits-Invaliden. Glossen. Von der Tragikomödie zur Posse (Stimmungsbilder aus dem Schacherer-Reichstag). Gedankensplitter über Politik. Wahlkrat (Bilder zu diesem Republikchen). Georg Lukás: Lenin, Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken. Feuilleton: Der Geburtstag. Märchen vom reichen Mann und dom faulen Zauber. Das „Vergnügen“ in Wembley.

Verantwortlich: Marianne Gundermann für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroß, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240902-12/fragment/page=0006

Aus den Gewerkschaften

Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher

Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten beantragt

Die Dienstagtagung des Verbandstages war zekennzeichnet durch einen **Generalangriff der Reformisten**, insbesondere des Zentralvorstandes, **gegen die Opposition**. Ludwig Pirmasens (SPD.) drückte selbstverständlich seine Befriedigung über die Tätigkeit des Zentralvorstandes aus. In der Rechtfertigung der Stellung zum Sachverständigengutachten bringt er die üblichen sozialdemokratischen Parolen und bildet schiedlich-friedlich eine Einheitsfront bis zur Deutschen Volkspartei. Nach der Rede des Kollegen Ludwig gibt der Vorsitzende die von der **Opposition gestellten Anträge** zwecks Aufnahme des Allrussischen Lederarbeiterverbandes in die internationale Vereinigung der Schuh- und Lederarbeiter, auf materielle Unterstützung der in der Schweiz kämpfenden Bekleidungsarbeiter, zur Herstellung der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung und eine Entschließung zum Bericht des Vorstandes, in welcher sie ihre Mißbilligung gegenüber der Tätigkeit des Zentralvorstandes ausspricht, dem Verbandstag bekannt.

Danach ergreift Genosse Hörtz, Berlin, das Wort und zeigt klar die **verbandsschädigende Einstellung des Zentralvorstandes auf. Die Annahme der vom Zentralvorstand eingereichten Entschließung betr. der parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften bedeutet die Zerschlagung der Organisation.** Im Interesse des wirtschaftlichen Kampfes der Schuhmacher muß sich der Verbandstag mit aller Schärfe gegen die Zerschlagung der Organisation aussprechen und im Gegensatz dazu die Schaffung einer wirklich einheitlichen Gewerkschaftsbewegung fördern.

Simon versucht sich gegen die erhobenen Vorwürfe zu verteidigen, kann aber nicht leugnen, daß durch den Tarifvertrag doch der Achtstundentag in Wirklichkeit aufgehoben und durchbrochen ist.

Genosse Möckel, Erfurt, stellt fest, daß die Auffassungen Simons in allen Fragen sich vollständig mit denen der SPD. decken und beweist, daß derjenige, der für die Annahme des Sachverständigengutachtens eintritt, gleichzeitig für die Erhaltung des kapitalistischen Staates wirkt. Der Sachverständigenplan bedeutet die Unterdrückung der Arbeiter. Der kapitalistischen Lösung der Krise muß man die proletarische Lösung, Nationalisierung und Sozialisierung der Produktion und Wirtschaft entgegensetzen. Nicht die Kommunisten, sondern die Amsterdamer üben ein Diktat über die Gewerkschaften aus.

Genosse Stein, Nürnberg, geißelte den Standpunkt von Simon in der Stellung zur Parteipolitik und beweist, daß Simon früher selbst der Organisator der USPD.-Zellen gewesen ist in den Gewerkschaften. Seitdem aber Simon in der SPD. nichts mehr zu sagen hat, richtet sich sein Kampf gegen die Opposition. Simon wirft der Opposition vor, daß sie die Parteidisziplin in den Gewerkschaften einhalte, gibt aber selbst zu, daß er aus Parteidisziplin für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat. Das ist ein Widerspruch. In seinen weiteren Ausführungen spricht er sich entschieden aus gegen die Entschließung des Zentralvorstandes. Sie bedeutet die Zerschlagung des Verbandes. Wer die Annahme der Entschließung will, der will die Einheitsfront sprengen, der unterstützt die Flucht der Mitglieder aus dem Verband.

Genosse Zoller, Berlin, wendet sich ebenfalls gegen den vorgelegten Antrag. Die Annahme des Antrages bedeutet die Einführung eines Kommunistengesetzes und bedeutet die Verhängung des Belagerungszustandes in unserem Verband.

Bezeichnend sind die Ausführungen des Vorsitzenden des Ausschusses, Steiner, Stuttgart, der verlangt, daß die Angestellten, die doch ihre Jugend für die Bewegung geopfert haben, doch nicht ohne weiteres abgesetzt werden können. Er ist also der Meinung, daß die Angestellten der Gewerkschaften auf Lebenszeit gewählt sind. Soweit dürfte die Demokratie innerhalb der Organisation nicht gehen, daß die Mitglieder das Recht haben, einfach die Angestellten abzusetzen.

Zu Beginn der **Nachmittagssitzung** verliest der Vorsitzende eine **Entschließung der Opposition über die parteipolitische Betätigung der Mitglieder des Schuhmacherverbandes.** Die Entschließung hebt hervor, daß die Tätigkeit der Opposition nicht gegen die Beschlüsse der Verbandstage und das Statut verstößt und daß die Arbeit der Opposition im Interesse des Verbandes liegt.

Ler vom Zentralvorstand beweist in seinen Ausführungen, daß er von den Aufgaben, die vor der Arbeiterschaft stehen, absolut nicht versteht. Er ist ein warmer Verteidiger der Spaltungsmaßnahmen des Zentralvorstandes.

Nach Rößner, Meißen, spricht Brunner vom ADGB. Als er in seinen Ausführungen leugnet, daß die Gewerkschaften unter dem Einfluß der SPD. stehen, erhebt sich ein solcher **Sturm der Entrüstung, daß Brunner unterbrochen wird** und der Vorsitzende erst wieder Ruhe schaffen muß. Zum Dawes-Plan stellt er ebenfalls vollständige **Einheitsfront von den Schwerindustriellen, Deutschen Volkspartei bis zu Leipart fest.** Er schwingt sich zu der kühnen Behauptung auf, daß wegen praktischer Betätigung innerhalb der Gewerkschaften noch kein Kollege ausgeschlossen ist.

Kuhn (Offenbach) hält sich berufen, den Vogel in der Boschewistenhetze abzuschießen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Vor dem Schlußwort Simons erhält noch Koch (Weißenfels) das Wort zu einer Anfrage. Er bittet um Auskunft, ob ein **Schreiben des französischen Lederarbeiterverbandes Unitärer** beim Kongreß eingelaufen ist, und fordert, daß dieses Schreiben verlesen wird. **Der Vorstand bestätigt den Eingang dieses Schreibens, lehnt es aber ab, dieses Schreiben jetzt zu verlesen.** Als Koch darauf drängt, und er das Schreiben verlesen will, wird er daran verhindert und darauf hingewiesen, daß dies unter Punkt Anträge geschehen soll.

Im Schlußwort zeigt Simon, daß er nichts gelernt, aber sehr vieles vergessen hat. Er versucht, die Beschlüsse der Kommunisten gegeneinander auszuspielen, was ihm jedoch nicht gelingt. Besonders wendet er sich gegen die Aufnahme des Allrussischen Lederarbeiterverbandes in die Berufsinternationale mit der fadenscheinigen Begründung, daß der Beschluß des IGB. Einzelverbandlungen verbietet. Er wehrt sich dagegen, daß auf Grund des Antrages Kollegen ausgeschlossen werden wegen ihrer politischen Betätigung, betont aber im selben Atemzuge, daß Kollegen selbstverständlich ausgeschlossen werden, wenn sie Beschlüsse ihrer Partei innerhalb der Organisation durchführen wollen. Seine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz verteidigt er mit der Notwendigkeit der Einhaltung der Disziplin. In seinen weiteren Ausführungen über die Taktik zu den Kämpfen und der Streikfrage bringt er die altbekannten Ladenhüter. Die Beunruhigung des Verbandes durch die Opposition muß durch den Verbandstag durch klare Beschlüsse unterbunden werden.

(Schluß der Dienstag-Sitzung.)

Mitgliederversammlung des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter

Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht vom Reichsgewerkschaftskongreß und Stellungnahme zu den Beschlüssen der RGK. 2. Organisatorisches.

Kollege Steiß erstattete einen ausführlichen Bericht und ging auf die in Moskau gefaßten Beschlüsse ein. Ausgehend von dem Gedanken der Wiedervereinigung der gesamten Arbeiterschaft sind die Beschlüsse gefaßt worden. Diese sind auch für uns maßgebend; die Richtlinien, nach welchen die selbständigen Organisationen zu arbeiten haben, werden vom Präsidium des RAA., welches unter Hinzuziehung der selbständigen Organisationen gebildet wurde, in den nächsten Tagen herausgegeben. Kein Kollege unserer Organisation hat das Recht, einzeln dieselbe zu verlassen, sondern nur gemeinsam werden wir den Kampf zur Wiedervereinigung aller Bauarbeiter führen. Strengste Disziplin ist erforderlich; wir haben stets die Notwendigkeit der Einheitsfront der Arbeiterschaft gegenüber dem Kapital betont, sind auch jederzeit bereit, im Interesse der Bauarbeiterschaft, dieselbe wieder herzustellen. Wir in Halle erklären uns bereit, wenn Paeplow alle Kollegen, auch die zu Unrecht ausgeschlossenen, wieder restlos aufnimmt und den Mitgliedern die volle Meinungsfreiheit garantiert, den Zusammenschluß durchzuführen. Im übrigen hat der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter bereits im vorigen Jahre seine Bereitwilligkeit bekundet. Auf dem im September stattfindenden Verbandstag unserer Organisation wird erneut unser Wille zur Herstellung der Einheitsfront bekräftigt werden.

Die Kollegen Bandermann und Hertel erläuterten dann noch mehr die einzelnen Beschlüsse. Die Aufforderung des Kollegen Hertel, daß die Kollegen mehr wie bisher den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Aufmerksamkeit widmen müssen, fand großen Beifall.

Beim zweiten Tagesordnungspunkt gab Kollege Hertel Bericht über die stattgefundenen **Lohnverhandlungen** und den durch den Landesschlichter gefällten **Schiedsspruch.** Derselbe sieht bedeutende Verschlechterungen vor. An Stelle der bestehenden vier Lohnklassen sind jetzt sechs vorgesehen. Für die Lohnklasse 1 ist eine Erhöhung von 4 Pf. festgelegt; für die Lohnklasse 2 bleibt der alte Lohn bestehen, für alle übrigen Lohnklassen ist ein erheblicher Lohnabbau vorgesehen. Diese Lohnsätze sollen ab 22. August 1924 zur Auszahlung gelangen. **Für uns ist dieser Schiedsspruch unbindstabel.** Der Redner ersuchte, zur Tagesordnung überzugehen. Dieses wurde einmütig beschlossen. Mitzuteilen ist noch, daß die Arbeitgeber den Schiedsspruch beabsichtigen, abzulehnen.

Unter Verschiedenem wurde noch zur Zahlung von Solidaritätsmarken Stellung genommen und folgender Antrag gegen eine Stimme angenommen:

Die heute, am 27. August 1924, tagende Mitgliederversammlung beschließt einstimmig: Jeder Kollege, welcher ab 31. bis 34. Woche in Arbeit gestanden hat, ist verpflichtet, zur Unterstützung der gemaßregelten Kollegen vier Solidaritätsmarken, pro Woche 1 Mk., zu kleben. Diejenigen Kollegen, die später in Arbeit getreten sind, haben drei bzw. zwei bzw. eine Solidaritätsmarke zu kleben. Alle vor der 31. Woche in Arbeit getretenen Kollegen haben außer diesen vier Marken noch zur Unterstützung der Streikenden festgesetzten Solidaritätsmarken zu kleben und zwar: pro Arbeitstag 0,50 bzw. 1 Mk.

Nachdem noch einige wichtige Angelegenheiten besprochen und erledigt wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Bezirksverein Halle

Achtung, Maurer!

Am Mittwoch, dem 3. September, abends ½8 Uhr, findet im „Volkspark" eine **wichtige Versammlung der Maurer** statt. Es ist Pflicht aller Kollegen, zu dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Unhaltbare Zustände im Baugewerksbund Eisleben

Von der **Baugewerkschaft Eisleben** geht uns auf Grund des Artikels im „Volksblatt" vom 22. August 1924 (Nr. 196) folgender Bericht zu:

Der Artikel im „Volksblatt" strotzt von Lügen. Für den kommissarisch eingesetzten Bloßfeld und seinen Lakaien Meyer sind es selbstverständlich sehr unerquickliche Zustände, die zurzeit unter den Bauarbeitern im Mansfelder Lande bestehen. Kein ehrlichdenkender Kollege denkt daran, sich noch länger von diesen Leuten an der Nase herumführen zu lassen. Ob in Hettstedt eine Konferenz oder Mitgliederversammlung stattgefunden hat, bleibt sich ganz gleich; auf alle Fälle war die Zusammenkunft in Hettstedt ein Reinfall. **Vier große Führer und sechs ganze Mitglieder waren anwesend! Fest steht auch, daß Meyer über die Vorgänge, in Eisleben Bericht erstattet hat.** Daß die Ausführungen Meyers nicht den Tatsachen entsprechen, geht daraus hervor, daß es dem Kollegen Salzer und Gebhardt ein leichtes war, die Ausführungen Meyers zu widerlegen. Jedenfalls versuchte man, die sechs Kollegen in Hettstedt mit Lügen einzufangen. Alle diejenigen Kollegen, die unserer Konferenz am 3. August beigewohnt haben, wissen, daß das, was im Artikel stand, nicht den Tatsachen entspricht. Aber eines sei Meyer gesagt: das Naisauern im Volkshaus ist vorbei, Arno ist schon längst dahintergekommen.

Wenn im Artikel versucht wird, den Kollegen Maurer zu verleumden, sei dem Artikelschreiber gesagt: der Kollege Maurer ist seit 1910 ununterbrochen im Baugewerksbund organisiert, jedenfalls ebensolange wie Meyer, der, nebenbei gesagt, bedeutend älter ist als Maurer, also sich viel eher um diese Fragen bekümmert haben müßte. Recht bezeichnend ist es für Meyer, daß, als er wegen des Artikels von Maurer am 24. August zur Rede gestellt wurde, unter Beisein der Kollegen Timmerhoff und Rechner erklärte, er wisse von diesem Artikel nichts, er selber habe denselben noch gar nicht im „Volksblatt" gelesen. Als ihm Maurer den Artikel unter die Nase hielt, sagte er, er wisse davon überhaupt nichts. Nun, wer hat denn diesen Artikel eigentlich geschrieben? Etwa der angebende Konsumlagerhalter Bloßfeld, jetziger Kommissar der Baugewerkschaft Eisleben? Auch wird im Artikel über die Finanzpolitik der Gewerkschaften geschrieben. Ihr lieben Leute um Bloßfeld und Meyer, darüber zu schreiben bzw. zu reden, wird Euch sicher nicht zur Ehre gereichen. Wir fragen: Warum wird die Abrechnung den Revisoren und Vorsitzenden zur Prüfung nicht vorgelegt? Gerade deshalb ist Herrn Bloßfeld das Vertrauen abgesprochen und ist er auch nicht wieder gewählt worden. Trotzdem glauben die Artikelschreiber, der Bauarbeiterschaft weismachen, es sei notwendig gewesen, die Baugewerkschaft Eisleben aufzulösen. Wir wollen der Bauarbeiterschaft mitteilen, warum die Baugewerkschaft Eisleben aufgelöst wurde: lediglich deshalb, weil die oppositionell eingestellten Kollegen dieses Spiel nicht mehr länger mitmachen konnten, deshalb wurde dieser Leuten das Handwerk gelegt, **daraufhin erfolgte diktatorisch die Auflösung der Organisation.**

Wir wünschen Meyer und seinen fünf Anhängern großen Erfolg. Soweit wir unterrichtet sind, will Bloßfeld das Feld räumen; er glaubt, eine sichere Position im Sangerhäuser Konsumverein zu erhalten. Ob der Konsumverein mit Bloßfeld einen guten Fang gemacht, bleibt abzuwarten. Im übrigen raten wir Bloßfeld, erst mal ordentlich sein Handwerk zu erlernen, denn seine Leistungen in der Siedlungs-Genossenschaft „Eigenheim" lassen viel zu wünschen übrig. Ob Meyer sich mit wirklich gelernten Maurern auf eine Stufe stellen kann, bleibt dahingestellt; besser ist auch für ihn, er steht sich noch einer anderen Tätigkeit um. Der Mansfelder Bauarbeiterschaft rufen wir zu: **Haltet fest und treu zu Eurer Organisation, stellt Euch hinter die rechtmäßig gewählte Ortsverwaltung! Folgt nur den Anweisungen, die mit der Unterschrift des Kollegen Maurer versehen sind.**

Der Vorstand. gez. Maurer.

Aus den Betrieben und Werkstätten

Verbindet die Betriebe mit den Opfern der Weißen Justiz!

Von **Hans Tittel.**

Grauenhaft sind die Resultate der Weißen Justiz in Deutschland. Seit Anfang Januar 1924 mußte die juristische Zentralstelle der kommunistischen Reichs- und Landtagsfraktion allein in 18 000 politischen Prozessen Rechtsbeistand leisten. Doch diese Zahl ist bei weitem noch nicht vollständig. Hunderte und Tausende von Prozessen, in denen nur geringe Geld- oder Gefängnisstrafen zu erwarten waren, fanden ohne Rechtsbeistand der juristischen Zentralstelle statt, weil sie einfach nicht in der Lage war, den ungeheuren finanziellen Anforderungen gerecht zu werden.

Die **ungeheuren Urteile,** welche in letzter Zeit gegen revolutionäre Arbeiter gefällt wurden, haben in allen Teilen des Reiches eine **starke Protestbewegung** hervorgerufen. **Der Ruf nach Freilassung der politischen Gefangenen wird nicht eher verstummen, bis die Arbeiterschaft die Generalamnestie errungen hat.**

Das Wüten der Klassenjustiz legt aber der deutschen Arbeiterschaft die gebieterische Pflicht auf, den Opfern und ihren Angehörigen noch umfangreicher als bisher Hilfe und Unterstützung zu bringen.

„Rote Hilfe" ist deshalb das Gebot der Stunde!

Neben dem Ausbau der „Roten-Hilfe"-Organisation durch feste Mitgliedschaften und regelmäßige Leistung von Beiträgen in Städten, Dörfern und vor allen Dingen in den Betrieben, ist es eine politische, aber auch materielle Pflicht der deutschen Arbeiterschaft, ein Beispiel zu verwirklichen, welches in vorbildlicher Weise wieder einmal die russischen Arbeiter und Bauern dem deutschen Proletariat gezeigt haben.

In Rußland sind die Betriebe und Gouvernements dazu übergegangen, sogenannte

Patenschaften von Gefängnissen und Zuchthäusern

zu übernehmen. Es gibt ein Dorf, das sich zur Pflicht gemacht hat, die Patenschaft des Zuchthauses Sonnenburg zu übernehmen. Dieses Dorf sorgt für die Angehörigen und die politischen Gefangenen, die in diesem Zuchthaus schmachten.

Ein Regiment der Roten Armee hat die Patenschaft der Festungsinsassen Niederschönenfeld übernommen. Mühsam wurde zum Chef ernannt, die roten Soldaten liefern regelmäßig von ihrer Löhnung einen bestimmten Betrag für die Unterstützung der Festungsgefangenen ab. Solche Beispiele gibt es hunderte. Nicht nur die politischen Gefangenen in den deutschen Kerkern, sondern auch in den weißen Zwingburgen Horthy-Ungarns, Jugoslawiens, Polens, Italiens und Bulgariens wissen die gemarterten Revolutionäre, daß russische Betriebe, Dörfer, oder Abteilungen der Roten Armee regelmäßig für sie sorgen.

Dieser Gedanke der Patenschaften muß auch in Deutschland, vor allen Dingen durch die Großbetriebe verwirklicht werden.

Jeder Großbetrieb muß es sich zur besonderen Ehrenpflicht machen, eine Patenschaft eines Gefängnisses oder eines Zuchthauses zu übernehmen.

Zum Beispiel sollte die „Knorr-Bremse" Berlin die Patenschaft der Festungsgefangenen Gollnow, oder die „Wanderer-Werke" in Chemnitz die Patenschaft des Zuchthauses Waldheim, oder die Werftarbeiter Hamburgs die Patenschaft des Festungsgefängnisses Fuhlsbüttel übernehmen.

Es gibt aber noch andere Möglichkeiten. Die „Daimler"-Arbeiter Stuttgarts können beispielsweise in einer Betriebsversammlung die Uebernahme der Patenschaft der sechs Arbeiter des Stuttgarter Hochverratsprozesses, die zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, beschließen.

Die Betriebe sollen also dazu übergehen, die Opfer politischer Prozesse durch besonders beschlossene Fürsorge zu unterstützen.

Welchen Sinn hat die Uebernahme einer Patenschaft? Vorauszuschicken ist, daß natürlich die Uebernahme einer Patenschaft durch einen Betrieb diesen nicht der Pflicht entbebt, den **kollektiven Beitritt** zur „Roten Hilfe" zu vollziehen und außerdem noch die Delegierung mindestens mitgliedschaft zur „Roten-Hilfe"-Organisation zu veranlassen.

Also außerdem soll der Betrieb eine Verpflichtung übernehmen, und **diese Verpflichtung besteht darin, daß er von Zeit zu Zeit den Angehörigen der eingekerkerten Genossen eine besondere Unterstützung in Naturalien oder in Geld zukommen läßt oder auch den Inhaftierten selbst eine besondere Zuwendung leistet.**

Außerdem muß aber auch der Betrieb versuchen, in einen **persönlichen Kontakt mit den verurteilten Genossen zu gelangen.** Der Betrieb muß durch seinen Betriebsrat oder durch das Betriebskomitee der „Roten Hilfe" den Gefangenen von Zeit zu Zeit schreiben. Dieses Herbeiführen eines innigen Kontaktes zwischen der Arbeiterschaft im Betrieb und im Kerker sitzenden Genossen sowie ihrer Angehörigen, hat große politische und moralische Bedeutung. Der gefangene Genosse weiß, daß er von seinen Arbeitsbrüdern und Kampfgenossen nicht im Stich gelassen wird.

Sein Mut wird dadurch gehoben und die Widerstandskraft gegen die körperlichen und seelischen zerrüttenden Methoden des Strafvollzugs gewaltig gestärkt.

Ans Werk, Genossen in den Betrieben! Versucht es, Ihr bringt Hilfe!

Diese Aufgabe ist notwendig! Ihre Erfüllung ist möglich, wenn Ihr wollt!

Ein Skandal in den „Irato-Werken"

Die Offensive des Kapitals gegen die Arbeiter nimmt immer schärfere Formen an. Nicht begnügen sich die Unternehmer mit dem Hinauswurf von Tausenden von Arbeitern aus den Betrieben, sie geben sich auch nicht zufrieden mit Einlegen von Feierschichten und Produktionssabotage. **Jetzt werden sogar schon die dem Arbeiter zustehenden und sauer verdienten Löhne dazu verwandt, damit es dem Unternehmer im Bad recht wohl ergeht.**

Eine solche Firma ist auch in Halle zu finden. Bei der Firma **Th. Zornig, „Irato-Werke",** wurden schon des öfteren die Löhne recht unregelmäßig gezahlt, **so daß wiederholt die dort beschäftigten Arbeiter wochenlang auf die Auszahlung des Lohnes warten mußten.** Machten die Arbeiter die Lohnklage beim Gewerbegericht anhängig, so ließ es der Inhaber nicht zur Klage kommen, sondern er zahlte dann den Lohn mit allen Rückständen aus. Ein Beweis dafür, daß die Behauptung, es kämen keine Gelder ein, **eine faule Ausrede war.**

Jetzt ist aber ein viel schlimmerer Zustand eingerissen.

Seit vier Wochen arbeiten die dort Beschäftigten, ohne auch nur einen Pfennig Lohn zu erhalten.

Alle Vorstellungen waren ergebnislos. Wir fragen in aller Oeffentlichkeit den Herrn Zornig: **Von was sollen wir und unsere Familien leben? Vier Wochen zearbeitet und heute wiederum mit leeren Taschen heim! Und wo befindet sich während dieser Zeit Herr Zornig?** Der immer klagt, es kämen keine Gelder ein!

Dieser Herr verlebt im Bad Kissingen einen guten Tag und läßt seine Arbeiter, deren Frauen und Kinder im Elend, Not und Hunger verkommen!

Höher geht es denn doch kaum mehr! **Und trotzdem gibt es noch Arbeiter, die sich einer Partei anschließen, die sich schützend vor diese Ausbeuter stellt! Arbeiter, Angestellte und Beamte! Kämpft um Eure Rechte! Räumt auf mit solchen Zuständen!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240902-12/fragment/page=0007

Unser Kind

Resolution: Die auf der 2. Reichs-Kinder-Konferenz versammelten Kinder geloben, den begonnenen Schulkampf als einen Teilkampf des proletarischen Klassenkampfes verschärft weiterzuführen. Sie fordern jedoch von der Partei, den Frauen und der Jugendorganisation mehr Unterstützung als bisher und verlangen, daß die Parteipresse der Kindergruppenbewegung für ihren Kampf zur Verfügung gestellt wird, damit bei den Parteigenossen mehr Interesse geweckt wird.

Was wir wollen!

Vom 1. bis 7. September findet die

„Internationale Arbeiter-Kinder-Woche"

statt. Zum ersten Male sind wir als Kommunistische Kindergruppe in der Lage, in einer **besonderen Beilage im „Klassenkampf"** zu den Lesern zu sprechen. Es ist ein Erfolg! Wenn dies Moment aber nicht ausgenutzt wird und weiter und besser ausgebaut wird, so kann es leicht ein Mißerfolg werden. Wir appellieren nun wiederum, wie wir es schon so oft getan haben, an alle jungen und älteren Genossen und Genossinnen: **Unterstützt uns bei unserer Arbeit, die keine leichte ist, durch Eure Mitarbeit! Stoßt uns nicht immer als „lästigen Ballast" beiseite!** Die KKG. könnte heute in höchster Blüte stehen, wenn nicht auf 50 bis 70 Kinder nur ein Leiter käme. Bedenkt doch, wenn jeder Leiter sich nur mit 10 bis 15 Kinder beschäftigen würde, wieviel mehr könnte dann geleistet werden! Wir verlangen Beachtung von uns Kindern und Achtung vor unserer Arbeit.

In dieser Woche werden wir uns auch an der **Sammlung für die IAH. beteiligen.** Ihr seht also, daß wir auch arbeiten wollen und nicht nur immer spielen können. Wir lassen nun einige Berichte folgen, aus denen Ihr ersehen könnt, wie es uns in der Schule geht. Diese sind allerdings noch etwas mangelhaft, denn es ging schnell; aber das nächste Mal wird es schon besser werden. Von unseren Leitern wird auch etwas Erklärendes hinzugefügt.

KKG., Halle.

Im Zoo!

Wir gingen eines Tages mit unserem Fräulein in den Zoo und kamen auch zu den Affen. Da sagten wir: „Fräulein, der Affe sieht aus wie ein richtiger Mensch." Unser Fräulein sagte: „Nein!" Wir dachten, das wollen wir dem Fräulein beweisen und gaben dem Affen ein Stück Brot. Er nahm es richtig wie ein Mensch in die Hand und aß es. Da sagten wir: „Fräulein, sehen Sie nun, daß der Affe wie ein Mensch ißt?" Ein anderes Mädchen sagte: „Ja, Fräulein, die Menschen stammen doch von dem Affen ab!" Fräulein Schmuß antwortete: „Ach was, der liebe Gott hat doch die Menschen geschaffen und ihnen die Sprache gegeben!" Wir erwiderten: „Nein, der Mensch stammt vom Affen ab." Da wurde das Fräulein ärgerlich und sagte: **„Ihr habt ja einen Kommunistenklaps!"** (Talamtschule.)

In der Geschichtsstunde

Wir hatten Geschichtsstunde und nahmen gerade die französische Revolution durch. Unser Lehrer erzählte uns: In Frankreich waren drei Männer: Marrat, Danton, Robespiere. Das waren die **größten Verbrecher und Mörder.** Die hatten ein Fallbeil aufgestellt, die Guillotine. Damit wurden die Leute hingerichtet. Den König, einen lieben Menschen, hatten sie auch hingerichtet. Die Leute wurden auch sehr gemißhandelt. Ein Mädchen hatte nur gesagt: „Früher war es es doch besser gewesen!" Sofort wurde es mit dem Fallbeil hingerichtet." Dann sagte er: „Wer war auch so ein Verbrecher?" Ein Mädchen antwortete: „Sölz!" Der Lehrer: „Sehr richtig! Er hat Dörfer niedergebrannt und die Leute ermordet, der Lump, der Verbrecher und Stromer!" (Weingärtenschule.)

*

In der letzten Zeit häufen sich die Beschwerden der Kinder über die Behandlung durch den Lehrer Kukuk. Es sei bemerkt, daß dieser seit längerer Zeit aus der Kommunistischen Partei ausgetreten ist. Verschiedene Kinder wollen ihn sogar mit Stahlhelmabzeichen gesehen haben. Das wäre nichts Neues, da der Geldbeutel schon immer sein Ideal war.

Anschließend ein Kinderbericht:

Der Lehrer Kukuk weiß, daß die Religionsgeschichte für uns schädlich ist; aber die nationalen Kriegslieder sind ebenso gefährlich. Lehrer Kukuk ließ uns „Deutschland über alles" singen. Etliche Kinder sangen nicht mit. Da fragte er, ob sie das Lied nicht können! Sie sagten: Nein und übrigens dürfen wir solche Lügen nicht singen. Darauf sagte er furchtbare Reden zu den Mädchen. Auch sollen sie jetzt an keiner Gesangsstunde teilnehmen und müssen sich vor die Tür stellen. Damit wird er aber keine Vaterlandsliebe bei uns erwecken. Auch werden **wir nicht, wie er, zu unseren Klassenfeinden überlaufen.**

(Giebichenstein-Schule.)

*

Am Donnerstag, dem 14. August, sollten wir in der Gesangsstunde das Lied: Ich hab' mich ergeben singen. Unsere Mitglieder der Kommunistischen Kindergruppe und einige Schulkameraden sangen nicht mit. Als der Herr Lehrer uns mit verschlossenem Munde und trotzigem Gesicht sah, fragte er uns: **Warum singt Ihr nicht mit?** Wir erklärten ihm, daß wir das nicht singen dürften und auch nicht wollten, weil wir kein Vaterland haben, welches für uns Arbeiterkinder voll Liebe sei. Wenn wir auch arbeiten müssen, werden wir uns nicht für die Interessen der kapitalistischen Wucherer und Schieber in einem neuen Kriege morden lassen. Wir werden nur unsere Kraft dafür einsetzen, daß wir einen **freien Sowjetstaat in Deutschland bekommen,** gleich unseren russischen Brüdern im Osten. **Solch eine Antwort hatte er nicht erwartet, denn er sagte gar nichts dazu!**

(Giebichenstein-Schule.)

*

Mittwoch wurde Margarete Gruhn geschlagen. Der Lehrer kann sie nicht leiden. Als er Naturkunde anschrieb, fand Grete ihr Buch nicht gleich. Da kam Lehrer Krebs und schlug sie. Als sie heulte, schlug er sie noch einmal. **Das ließen wir nicht zu.** Da wollte er uns auch schlagen, aber er getraute sich nicht recht. Als wir mit dem Abschreiben fertig waren, wollte er das Buch von Greten haben. Sie hatte bei dem Wort „Blätter" immer ein t vergessen. Ein paar Fehler hatte sie und neun hatte er vorgelesen. Er schlug sie noch einmal so, daß fünf Finger zu sehen waren. Wir schimpften und fluchten. Nun bekam er schon Angst und sprach: „Ihr habt es ja gesehen, daß ich sie nur mit der Hand geschlagen habe."

Schulobleute, wehrt Euch!
Elternbeiräte, helft uns! Schillerschule 4a).

*

Als wir am Donnerstag auf den Brandbergen waren und die Schule aus war, da sangen wir Kampf- und Freiheitslieder auf dem Nachhausewege. Da kam unser Lehrer zu mir und sagte: „Das hast Du doch angestiftet, Andres?" und hat mir eine Ohrfeige gegeben. Er hat sich mächtig gefoppt. Aber am andern Tage hat er nichts gesagt.

Ist der Lehrer im Recht, uns deshalb zu schlagen?

(Giebichenstein-Schule.)

*

Beim Sprechen oder sonstigen Kleinigkeiten läßt Fräulein Ahrens das Kind vorkommen und es muß sich an den Schrank oder das Katheder stellen. Wenn es mehrere sind, werden die Kinder **im Gänsemarsch zum Rektor geführt, wo sie sich über die Bank legen müssen und dann verprügelt werden.**

(Talamtschule.)

*

Der Lehrer Wielsch der Neumarktschule (Kl. 2a) schimpft die Kinder immer: Elender Tropf, erbärmlicher Lump!

*

Lehrer Freiwirt sagte, wenn jemand „Deutschland über alles" nicht mitsingt, bekommt er Schläge! — Und das soll deutsche Freiheit sein? (Taubenschule.)

*

Genosse G. hat das rote Band getragen. Da hat Lehrer Asmus ihn zum Rektor gebracht, dieser sagte ihm, er sollte das rote Band abtun! Genosse G. hat es sofort abgetan, bekam aber trotzdem Schläge von dem Lehrer Asmus.

*

Als der Lehrer Landrock am Montag, dem 25. August, in das Schulzimmer kam, sprach er: **Wir müssen jetzt das „Deutschlandlied" singen, das ist vom Präsidenten Ebert befohlen!** Wir sangen aber nicht mit. Da schlug der Lehrer einen Schüler so sehr, daß er fünf Schmielen hatte. Auch sonst nahm der Lehrer den Jungen immer vor.

*

Diese wenigen Berichte der Kinder zeigen, wie in der „freien" deutschen Republik Eure Kinder zu „freien" Menschen erzogen werden und welche Gefahren den Kindern durch die Reaktion drohen. Sie beweisen, **wie notwendig die Arbeit der Kommunistischen Kindergruppe ist.** Wie notwendig es ist, daß wir den Kindern das Richtige sagen, ihnen angewöhnen, kommunistisch zu denken und zu handeln. Ihnen wird noch heute, wo die Wissenschaft so weit vorgeschritten ist, das Märchen von der Menschenschöpfung durch den „lieben Gott" erzählt. Die wirklichen Helden, die für die Freiheit in der Revolution gefallen sind oder im Dienste der Revolution für die Allgemeinheit gelitten haben oder noch leiden, werden als Mörder und Verbrecher hingestellt. Diejenigen dagegen, die auf Kosten der Allgemeinheit infolge ihrer gesellschaftlichen Stellung sich hervorheben konnten, aber in Wirklichkeit die größten Schmarotzer und Feiglinge waren, werden den unerfahrenen Kindern als Helden präsentiert. **Geschichtliche Tatsachen werden verdreht, und was der Reaktion gefährlich dünkt, wird überhaupt ganz verschwiegen.** In den „christlichen" Kinderheimen werden die Kinder mit Gewalt „fromm" gemacht. So arbeitet die Reaktion mit allen ihren Organisationen systematisch an der Verdummung Eurer Kinder. Aber nicht nur das. Es gibt auch Lehrer (Erzieher!), die mit „besonderer Vorliebe" die Kinder prügeln. Sie können dadurch auf so billige Art ihre Gefühle befriedigen. Proletarier sind ja Freiwild! Sie suchen sehr eifrig nach allen möglichen Gründen, um möglichst oft prügeln und ihre „Gefühle" befriedigen zu können. **Und dazu sind Eure Kinder, kommunistische Eltern, gerade gut dazu!** Aus allen Ecken grinst die Reaktion. Jeder, der nicht gewappnet ist, verfällt ihr. Und Eure Kinder, die die Träger einer besseren Zukunft sein sollen, entbehren jeden Schutzes und verfallen dadurch der Reaktion am ehesten. **Wollt Ihr nun noch immer tatenlos zusehen? Elternbeiräte,** Ihr klagt über Bildungsmangel, heran, hier könnt Ihr Euch bilden! **Wollt Ihr kampflos zusehen, wie die Reaktion Eure Kinder einfängt, wie sie trinkphiert?** Nein, das könnt Ihr nicht dulden, Ihr seid ja Kommunisten und wißt, was das bedeutet . . .

Schickt Eure Kinder in die Kommunistische Kindergruppe und unterstützt dieselbe, damit sie ein festes Bollwerk gegen die Reaktion werde!

Erlebnisse eines Kindes in der Schweiz

im Heim Oberdockenburg

Als ich in der Schweiz war, mußten wir, als es hell wurde, aufstehen, um in die Kirche zu gehen. Oft mußten wir morgens schon ½6 Uhr aufstehen, damit ja nicht etwas verpaßt wurde. Wer um diese Zeit nicht aufgestanden war, bekam eine Strafe, die darin bestand, daß wir **in eine Kammer gesperrt** wurden, die im 4. Stock lag. Wir mußten oft die ganze Nacht darinbleiben, um auf einer Matratze, den ganzen Inhalt der Kammer, unsere Nachtruhe zu halten. Wir hatten auch Mäuse als Bewohner, die die ganze Nacht quietten, was uns sehr unangenehm war. Da hatten wir Kinder fürchterliche Angst und brüllten! Je mehr wir brüllten, desto länger mußten wir in der Kammer bleiben.

Vor dem Essen mußten wir erst beten. Da ging immer jemand herum und sah nach, ob alle mitsangen und sprachen; derjenige, der nicht sprach, wurde in die Kammer gesperrt und bekam kein Essen. Mittags mußten wir schlafen; die nicht schlafen konnten, fragten, ob sie nicht einmal hochgehen könnten; als sie heruntergekommen, hatten sie sich ein Buch mitgebracht. Das hatten die Schwestern bemerkt, von da an durfte keiner mehr hinauf. Wer aber doch hoch wollte, durfte nicht mit fort oder mußte ins Bett.

L. K., 13 J.

Anmeldung

zur

Kommunistischen Kindergruppe

Name: .....

Wohnung: .....

Geboren am: .....

Schule und Klasse: .....

Unterschrift der Eltern:

.....

Jugend heraus!

Jugend heraus!
Heraus zum Gefecht!
Jugend heraus,
Du feurig' Geschlecht,
Des armen Proleten kämpfender Sohn,
Junge Garde der Revolution!

Jugend heraus,
Aus Armut und Not,
Jugend heraus,
Für Freiheit und Brot;
Zu kämpfen gegen Knechtschaft und Fron
Junge Garde der Revolution!

Jugend heraus,
Aus drückender Enge,
Jugend heraus,
Zahllose Menge.
Im Osten leuchtet die Sonne schon,
Junge Garde Revolution!

Jugend heraus
Mit dem Banner rot.
Jugend heraus,
In den Freiheitstod.
Stürze das Unrecht von seinem Thron,
Junge Garde der Revolution!

Verschwörer und Revolutionäre

33] Von **Michael Kaniowski**

— Ich lebe in ihr. Der Mensch hat nur die Arbeit. Das ist meine Wahrheit. Ich sage nicht, die Welt ist dies oder jenes. Die Welt ist das, worin ich arbeite. Alles, was ich weiß, was ich habe, ist menschliche Arbeit, unser heiliger, errungener Besitz. Was außer uns ist, weiß ich nicht. Der Mensch kann nie etwas besitzen, was außer ihm ist, nur das, was er selbst erarbeitet.

— Und nach dem Tode? — fragte Ola.

— Ihr denkt daran, was nach dem Tode sein wird? Ich denke, man solle hier alles abgeben, alles erledigen. Wenn da jenseits irgend etwas sein soll, dann wird man eben von vorn anfangen müssen. Wenn man nur andere nicht bestiehlt.

Uns Menschen ist der Verstand ziemlich spät gekommen. Wir wollen uns heute frei machen, dabei sind wir an Leib und Seele voller Wunden und Gebrechen. Hier, in den Kreisen der Sektierer, sehe ich immerzu diese Geschwüre auf unserm menschlichen Denken.

Diese langen Winterabende waren wunderschön. Wir machten regelmäßig ein großes Feuer auf dem Herd und saßen in seinem roten, warmen Schein. Michailoff erzählte von Rußland, dessen verschiedenste Gegenden er gut kannte, da er immer unter den Bauern tätig war.

— Glaubst Du an einen baldigen Sieg? — fragte ich einmal.

— Der Sieg ist immer möglich. Alles ist bereit. Laß nur den Verstand oder die Seele in diesem Riesenkörper aufblitzen und es gibt fast gar keinen Kampf mehr, er schüttelt die Fesseln einfach ab. Ola, wie wirst Du schön aussehen bei der Heuernte. Laßt ihn fünf Jahre den Bauern, daß er sich selbst fühlen lernt, und Ihr werdet staunen, wieviel Schönheit entsteht. Griechenland! seufzen die Leute. Ich sehe hier um mich herum die Möglichkeit zu einer ebensolchen Schönheit, zu einer noch größeren Harmonie. Die griechischen Götter sind aus der Feldarbeit hervorgegangen, deshalb sind sie schön. Aber stellt Euch nur vor: die unendliche Steppe übersät mit weißen Gehöften und das ganze Land Brot tragend für die Menschheit der Arbeit. Einen hellen Sommerabend, wenn alles blau und rosa ist, und dann die Heimkehr von der Feldarbeit, stellt Euch vor, wie kann dann Schönheit nicht entstehen? Nur wenige Jahre, damit wir ein wenig mit ihnen verwachsen! Aber nirgends hat man uns länger als ein Jahr ungehindert arbeiten lassen. Er soll sich uns nicht so in den Weg stellen, der Zar Alexander, er soll das Glück der Menschen nicht immer verhindern wollen. Es sitzen von den unsrigen schon an die tausend in den Gefängnissen. Wenn wir uns überzeugen, daß man uns nicht arbeiten läßt, dann werden wir uns Platz schaffen müssen. Sie werden uns fürchten lernen. Wir wollen nicht Gewalt und Blut, denn wir wollen nicht zerstören sondern aufbauen, aber gegen Macht werden wir eine Macht schaffen müssen.

Die Tage waren schnell verflogen. Ola mußte nach Moskau fahren, um einigen, die sehr gefährdet waren, zur Flucht zu verhelfen; auch Jaschtas Angelegenheit war ernst. Man sollte versuchen, mit ihm in Verbindung zu kommen, um ihn zu befreien. Ich durfte mich in Moskau noch nicht sehen lassen. Dafür wollten wir in Kassan oder Orenburg mit Myschkin zusammentreffen, der nach Sibirien fuhr, um Tschernyschewski zu befreien.

Wir kommen zu spät! — drängte Michailoff, als er den Brief endlich entziffert hatte. Unsere Pässe waren gut und Geld hatten wir genug, wir fuhren also sofort ab. Ohne unterwegs einmal Station gemacht zu haben, kamen wir in Kassan an. Hier wurden wir aber unangenehm überrascht. Eine Woche vorher war der Polizeiorkan über die Stadt gebraust, man hatte alle verhaftet, deren Adressen wir kannten. Nachts, ohne daß es jemand wußte, hatte man sie alle ergriffen und nach Moskau oder Petersburg gebracht, hatte man der Stadt die Seele geraubt. Auf der Straße sprach uns ein Tatar an und bot uns ein Mädchen für 20 Rubel an. Hier fühlte man noch das Rußland Nikolaus: das große, kalte Land, welches in verschiedenen Richtungen Toikas mit Beamten und Befehlen durcheilen. Hier fühlte man noch, daß man mit dem Menschen alles machen kann, daß man ihn auf 35 Jahre ins Militär stecken und totprügeln lassen kann. Der Kellner im Hotel meinte, als wir ihm unser Erlebnis mit dem Tataren erzählt hatten, es wäre teuer gewesen, das könne man billiger haben, und zuletzt empfahl er uns seine Schwester, die in Moskau Schneiderin gewesen wäre und „bon ton" hätte. Michailoff hatte in solchen Fällen einen feinen Takt, er wußte einem solchen Kuppler zu antworten, ohne ihn zu beleidigen oder seine Schwester mit dem „bon ton". Er fertigte ihn ab, lobte sogar die Photographie seiner Schwester, und dieser Kellner bediente uns am nächsten Tag mit einer besonderen Höflichkeit, ohne auch nur mit einem Wort seine Schwester zu erwähnen. Michailoff haßte das weinerliche Mitleid eines Philantropen mit Prostituierten. Er wunderte sich über nichts und verstand alles; sprach mit jedem über dessen Angelegenheiten und nahm jeden so, wie er ist. Manchmal, meinte er, müsse man sogar selbst eine Sünde begehen, um einen anderen nicht zu beleidigen, oder zu demütigen. Niemals dürfte man einen Menschen demütigen.

Am zweiten Tag durchsuchten wir die Stadt vergeblich nach Myschkin. Wir fuhren nach Orenburg, aber auch hier ging es uns nicht besser. Wir hatten unsere Hoffnungen schon aufgegeben und wollten zurückreisen, als eines Tages Michailoff auf der Straße starr stehen blieb. Auf uns zu kam ein junger, großer Mensch in der Uniform eines Gendarmerieoffiziers. Er ging stramm, geradeaus, die Leute machten ihm unwillkürlich Platz. Michailoff stieß mich an und flüsterte: Myschkin!

Hipolit Myschkin, einer der moralisch tüchtigsten Leute in unserer Bewegung, war der Sohn einer Bäuerin und eines Soldaten. Er selbst war auch Soldat geworden. Einer seiner Vorgesetzten wurde auf seine Begabungen aufmerksam, Myschkin kam in die Abteilung der Stenographisten. Als solcher kam er mit dem Zaren Alexander in Berührung, in dessen Gegenwart der Adelsversammlungen, und zu ihm, dem Sohne eines gewöhnlichen Soldaten, kamen die hohen Herren nach der Tagung und baten ihn, eine liberale Phrase oder ein oppositionelles Wort aus dem Stenogramm zu streichen. Dort im Saal hatten sie den Beifall eingeheimst, nun aber fürchteten sie für ihre Orden und dachten an ihre Familien. Er überzeugte sich davon, daß überall nur Feigheit und Furcht herrschte. So ist er zum selbständigen Denken gekommen. (Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240902-12/fragment/page=0008